

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Df.

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang Dresden, Dienstag den 29. September 1925 Nummer 143

## Ausschlussantrag gegen Rußlanddelegierte

Aufnahme der Verräter — Uebertritt der Unabh. Sozialdemokratischen Partei Tschechoslowakei zur 3. Internationale

Die SPD will die Wahrheit über Rußland nicht hören. Die Pogreßierung, die durch die Berichte der Arbeiterdelegierten über Rußland in den breiteten Arbeiterkreisen gemacht wurde, die Verherrlichung des Léninismus werden für die Bourgeoisie gefährlich. Die Orientierung der deutschen Arbeiter lehrt der Weltorientierung einen Damm entgegen. Die SPD vollführt da auch hier ihre Hilfsstellung für die Bourgeoisie. Sie läßt die Delegierten vor, wie sie reden lassen. Zum mindesten sollen starke Stiche dabei gegen die deutschen Kommunisten geführt werden. Delegierte, die diesen parteigegnerischen Forderungen nicht nachkommen, werden ausgeschlossen. Es soll einige Delegierte geben, die sich den Forderungen der rußlandfeindlichen und arbeiterschädigenden Bourgeoisie fügen. Doch das sind nur wenige.

In Chemnitz fand am Freitag, wie gestern die Dresdner SPD-Zeitung berichtet, eine Parteiversammlung statt, in der gegen 6 Stimmen folgende Entschließung angenommen wurde:

Trotzdem den an der Rußlanddelegation beteiligten Genossen Sennewitz, Venger und Berthold die Stellungnahme der Sozialpartei bekannt ist, fahren sie fort, in öffentlichen, von den Kommunisten unter verdächtigter Firma einberufenen Versammlungen zu berichten. Dieses Verhalten wird parteischädigend und erschwert anderen Genossen die Situation. Der Zentralvorstand wird deshalb beauftragt, diese drei Genossen nochmals zu einer gemeinsamen Aussprache zu laden, um sie von ihrem parteischädigenden Verhalten abzubringen. Gegebenenfalls ist das Ausschlußverfahren nach § 28 des Parteistatuts einzuleiten. Gegen eine Berichterstattung vor Parteigenossen wird nichts eingewendet.

Als hinauswurf der Arbeiter aus den Reihen der SPD, die es wagen, ihren Klassengenossen die Wahrheit über das, was sie in Rußland gesehen haben, zu sagen. Das in Chemnitz geschehene, steht nicht vereinzelt da. Auch in den anderen Bezirken ist die Debatte gegen die Rußlanddelegierten im Gange.

Odenhausen, ein Arbeiter der Krupp-Werke, Abteilung Bergbau, der Mitglied der SPD und des Bergarbeiterverbandes ist, teilte in Parteiversammlungen in Berlin, vor denen er sprach, mit, daß auch gegen ihn ein Ausschlußverfahren aus Partei und Gewerkschaft eingeleitet ist. Odenhausen sagte:

„Meine Partei, die SPD, hat jetzt ein Ausschlußverfahren gegen mich eingeleitet. Das ist bitter für ein langjähriges Mitglied. Noch schlimmer ist aber, daß ebenfalls der Deutsche Bergarbeiterverband, für den ich jahrelang gekämpft und agitiert habe, ein Ausschlußverfahren angestrengt hat. Ich habe das unbegreiflich und frage, ob Partei und Gewerkschaften die Wahrheit über Sowjet-Rußland zu fürchten haben; ich frage, ob es die deutsche Arbeiterschaft nicht ertragen kann, wenn man berichtet, daß es den russischen Arbeitern und Bauern gut geht, daß sie sich lassen können usw. Ich habe an die Evolution geglaubt und habe jetzt meinen Irrtum realisiert. Diejenigen, die heute gegen mich vorgehen, wollen ein Interesse daran haben, die Wahrheit über Sowjet-Rußland zu verhindern, weil sie in der Revolution nichts zu gewinnen, sondern etwas zu verlieren haben. Die Ausschlußverfahren haben sich mit ihrem Vorgehen auf eine Plattform mit Krupp gestellt.“

Wenn man mich dazumal ansprechen will, dann verlange ich die Gerechtigkeit, wie sie Bauer und Heilmann zugestanden wurde.

Seine Gewerkschaftsfreunde sind so empört, daß sie sämtlich ihre Mitgliedschaft liquidieren wollen. Ich habe ihnen geraten, in der Gewerkschaft weiter zu arbeiten und für umfassende Klärung zu sorgen.“

Dieselbe Parteiversammlung, die den Ausschlußantrag gegen Sennewitz, Berthold und Venger angenommen, nahm zur Sachfrage gegen 1 Stimme folgende Entschließung an:

„Die Parteiversammlung des 16. Unterbezirks, Bezirk Chemnitz-Grangeberg, billigt die Entschlüsse des Reichsparteitages in Halle zerg.“

Die Versammlung begrüßt insbesondere, daß der Parteitag im Geheimen eine Lösung gefunden hat, die den Beschluß des Berliner Parteitages nachdrücklich aufhebt und den Grundgedanken und der Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entspricht.

Die Versammlung erwartet nunmehr von allen Parteigenossen und Parteigenossen, besonders von der geschlossenen Berufsorganisation, den städtischen Parteiklassen, den Organen des Bezirkes und Unterbezirks sowie der Presse, daß diese Entschließung des Parteitages in loyaler und kameradschaftlicher Weise durchgeführt und alle besonderen Auslegungsvorschläge zurückgewiesen werden.“

Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, die, um der Arbeiterbewegung zu helfen, nach Rußland gefahren sind und jetzt von Rußland die Wahrheit sagen, werden aus der Sozialdemo-

kristischen Partei herausgeworfen, während die 23 Verräter, die Helfer der Reaktion, wieder aufgenommen werden und ihnen ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten zugesichert wird.

Die Ehrenpflicht der sozialdemokratischen Arbeiter ist es, ihre ehrlichen Kollegen gegen die Bourgeoisie zu verteidigen. Für die Gelohnenarbeiter ist aber von Interesse:

Was gegenüber Venger und den anderen im Reich geschieht, das geschieht in Chemnitz gegenüber Sennewitz, Venger und Berthold. Es ist natürlich nicht unsere Aufgabe, sie vor den Bundrats zu verteidigen — das ist die Aufgabe der Chemnitzer sozialdemokratischen Arbeiter. Was für die Gelohnenarbeiterschaft von Interesse ist, das ist folgendes:

Es ist nicht wahr, daß die Genannten in kommunistischen Versammlungen aufgetreten sind. Sie sprachen in gewerkschaftlichen oder Betriebsversammlungen, und zwar über das, was sie in Sowjetrußland gesehen haben. Das nennt die SPD „Rührerhaft“, „parteilichbegleitend“. Schon damit wird der gelohnen Arbeiterschaft bewiesen, daß die SPD die Wahrheit über Sowjetrußland nicht ertragen kann.

Ein Gustav Bauer, von dem notorisch bekannt ist, daß er sich gegen Ringende Münze an Barmer verkauft hat, wird aus der Partei nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil. Selbst die von der Reichsverbandskommission beschlossene scharfe Rüge wurde vom Parteitag annulliert. Ein Ernst Heilmann, der noch heute als Ausschüsse in Kommunistenvereinigungen sitzt, ist und bleibt Führer der SPD in Dresden. Ein Grüner, der in der schmerzhaftesten Presse Artikel: „Hände weg von Jarrest!“ veröffentlicht und seiner eigenen Partei während des Wahlkampfes in den Rücken fiel, wird selbstverständlich nicht ausgeschlossen — so etwas ist nicht parteischädigend. Wir könnten die Beispiele noch um einige Praxistexte vermehren. All diese Subjekte sind Ehrenmitglieder der SPD.

Sozialdemokratische Arbeiter aber, die objektiv über Rußland berichten, fliegen aus der SPD. Ehrliche Arbeiter kann die Sozialdemokratie in ihren Reihen nicht ertragen.

Die Arbeiter werden aus diesen Taktiken ersehen, daß die SPD-Führer eine Offizierspartei der Bourgeoisie sind, die die Profiteure in ihrer Partei für die Interessen des Bürgerlums benutzen. Die letzten Schritte der Bourgeoisie werden den Klärungsprozess innerhalb der SPD und der diejenen nach folgenden Wahlen nur beschleunigen.

### Die Furcht vor der Einheitsfront

Die SPD kennt keine größere Gefahr als die Einheitsfront des Proletariats. Seit Jahren wütete sie gegen die KPD als Zersplitterer der Einheitsfrontbewegung. Dabei behauptet die SPD in Heidelberg treue Bundesbrüderlichkeit für das Bürgertum. Die gesamte Verantwortung für die hier und da auftretende Spaltung, für die schändliche Stärkung des Bürgerlums trägt die SPD. Alle Schimpfanreden können darüber nicht hinwegtäuschen. Jetzt haben die Sozialdemokraten Gelegenheit zu zeigen, ob sie eine Einheitsfront der Arbeiter wollen. In Berlin stehen die Gemeindevorstände bereit. Die KPD ist bereit, mit der SPD eine Verbindung der Art einzugehen, um dem Bürgertum, wenn möglich, einige Einsicht abzunehmen. Die SPD, die sonst während der Wahlen absteht, antwortet jetzt auch mit einer wüsten Beschimpfung der KPD. Die Kommunisten meinen es nicht ernstlich, sie sind Steigbügelhalter des Bürgerlums. Das ist die Antwort der SPD auf das Angebot einer gemeinsamen Front gegen die offenen Reaktionskräfte. Dazu müßte die SPD sich aber 2 Spalten lang, gegen die Kommunisten zu werten. Jeder Arbeiter wird aus diesem Verhalten der SPD sehen, wo die Freunde des Bürgerlums liegen.

### Paktkonferenz am 5. Oktober in Locarno

Berlin, 28. Sept. (Teleunion.) Nach dem Morgenblättern meldet auch der amtliche englische Rundfunk, daß nunmehr als feststehend betrachtet werden kann, daß die bevorstehende Konferenz über den Sicherheitspakt in Locarno stattfinden und am 5. Oktober beginnen wird.

### Verklärung für die 3. Internationale

Prag, 28. Sept. (Sig. Trahtericht.) Der Kongress der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, an dem 107 Delegierte teilnahmen, beschloß nach umfangreicher Diskussion Austritt aus der 2. Internationale und Eintritt in die 3. Internationale, sowie Anknüpfung an die KPD. Die Partei hat 10 000 Mitglieder. Dieser Beschluß wurde von der KPD einstimmig zur Kenntnis genommen.

### Eine Liebesgabe an das Zentrum

Zum Reichsschulgesetz

Durch die vorzeitige Veröffentlichung des Reichsschulgesetzentwurfes ist die Öffentlichkeit informiert worden über die Maßnahmen, die hinter den Kulissen der Reichsregierung vor sich gehen. Alle ministeriellen Ablegungsversuche können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß diese Gesetzesvorlage und ihre schleunigste Verabschiedung der Kaufpreis für die Zustimmung des Zentrums zu den Steuern und Zölle war.

Was ist das Kernstück des Reichsschulgesetzentwurfes, der heute als eine „Stütze eines Referentenentwurfes“ hingestellt wird?

Nach dem Artikel 146, Absatz 1, der Reichsverfassung ist die für alle gemeinsame Grundschule der Grundstock unseres Schulwesens. Hier können Schüler und Lehrer aller Bekenntnisse unterrichtet werden und unterrichtet. Nach dem neuen Reichsschulgesetz zum Artikel 146, Absatz 2, soll dagegen die Bekenntnisfreiheit der Regelschule werden. Neben dieser Schule können auf Antrag auch Weltanschauungsschulen eingerichtet werden, wenn sie auch von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gefordert werden. Nun gibt es aber für die Weltanschauungen, hier offensichtlich gemeint sind (Freidenkertum, Buddhismus, Bapismus, der Theosophie usw.), keine Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Wir Kommunisten plädieren gern nicht für Weltanschauungsschulen, aber dennoch ist es notwendig, hinter die Methoden der Regierung zur Unterstützung der Kirche zu leuchten, da der Gesetzentwurf sich bei der Errichtung von Weltanschauungsschulen nach außen in ein demokratisches Mantelchen hüllt. Sodann soll es noch eine dritte Schulart, die weltlichen Schulen, geben, von denen die Begründung des Entwurfes als einziges Wesensmerkmal sagt, daß an diesen (weltlichen) Schulen der Religionsunterricht kein ordentliches Lehrfach ist. Hier also unsere kommunistische Kritik, die wir stets geübt und erneut deutlich unterstrichen: Die weltlichen Schulen Extraktionschulen, d. h. evangelische Schulen ohne Religionsunterricht, Sammelkulturen von Kindern, die vom Religionsunterricht abgemeldet sind.

Durch einen einfachen Schachzug, die jetzt bestehenden Regelschulen nach dem „gegenwärtig geltenden Schulrecht“, aber entgegen der Reichsverfassung als die Bekenntnisschule allgemein zu deklarieren, werden die Bekenntnisschulen in ihrer überkommenen Mehrheit zu den im Gesetzentwurf vorgesehenen Bekenntnisschulen. Sie werden zum herrschenden Schultyp in Deutschland. Die Verkräftigung der Regelschulen durch das bürgerliche Konfessionsgesetz soll auf das Reich ausgedehnt werden. Der vorzeitig veröffentlichte Gesetzentwurf schafft die Grundlage zum Reichskonfessionsgesetz.

Deshalb ist es sehr notwendig, daß wir genau untersuchen, was Heißes Kind diese Bekenntnisschulen sein sollen, um die Gefahren aufzuzeigen, die in der Verwirklichung des Gesetzentwurfes liegen, um die Kräfte zu mobilisieren, welche die Auslieferung der Schulen an den Klerus (katholische Pfaffen) verhindern.

Wenn schon der Artikel 149, Absatz 1, der Reichsverfassung feststellt, daß der Religionsunterricht nach den Grundgesetzen der Religionsgemeinschaft zu erteilen ist, und ihr damit in der Praxis ein Aufsichtsrecht zuteilt, so geht der gegenwärtige Entwurf darüber noch weit hinaus. Heißt es doch im § 5 des neuen Entwurfes:

„Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen muß getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses. Im Lehrplan und -stoff, sowie bei der Auswahl der Lehr- und Lernmittel ist gebührende Rücksicht auf das Bekenntnismäßige Gepräge der Schule zu nehmen.“

Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnis eigenen religiösen Lehren und brennendsten Bedürfnisse zu pflegen.

Die bekenntnisgemäßen besonderen Feste und sonstigen religiösen Gebräuche sind zu halten.

Der Religionsunterricht ist in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der betreffenden Religionsgemeinschaft auszuhalten. Das Aufsichtsrecht des Staates zu erteilen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Einklange mit der Religionsgemeinschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einklange mit der Religionsgemeinschaft festzusetzen.

Die Länder sind verpflichtet, auf die Durchführung der in den vorliegenden Absätzen gegebenen Bestimmungen zu achten und bei Verstößen für Abhilfe zu sorgen. Befolgen kann die Aufsicht der Bekenntnisse nicht. In besonderen Fällen ist die Aufsicht an der Bekenntnisschule abzugeben.

Also, der gesamte Unterricht an den Bekenntnisschulen soll der Kirche ausgeliefert werden. Die weltliche Schulaufsicht lehrt wieder. In der Begründung zum § 25 des



# Vor wichtigen Entscheidungen

auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, vor neuen schweren Kämpfen steht die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Auf der ganzen Linie stehen die kapitalistischen Ausbeuter in geschlossener Front gegen die Arbeiter. Die sich von Tag zu Tag steigende Verelendung der werktätigen Bevölkerung durch verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung mit Massenentlassungen und Zölle, durch Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit soll durch den neuen Schwindel vom Preisabbau vor den Arbeitern verschleiert werden. Die gesamte bürgerliche Presse bereitet den Gesamtangriff auf die breiten Schichten der Werktätigen vor, hinter dem die Kapitalisten zu einem neuen schmerzhaften Schlag gegen die Arbeiter ausholen. Neue illusionäre Hoffnungen sollen bei den Arbeitern geweckt werden. Ein neuer Betrug wird vorbereitet. Dabei besorgt die bürgerliche Presse offen die Geschäfte der Feindin der Arbeiterklasse. Kein Klassenbewusster Arbeiter darf sich zu diesem

## Berrat an den eigenen Lebensinteressen

hergeben. Ein bürgerliches Blatt in der Wohnung der Arbeiter bedeutet nichts anderes als die direkte Unterstützung des Gegners, bedeutet — sich selbst die Schlinge um den Hals zu legen. — Das kann kein Arbeiter wollen. Wie schützt sich der Arbeiter vor den drohenden Gefahren? Was kann er tun? Die Zeitung, die angibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, hat seit Jahren bewiesen, daß sie die Arbeiter hinter das Licht führt und hat mit ihrem Kampf gegen den Klassenbewussten Teil des Proletariats praktisch die Geschäfte des Bürgertums und der Reaktion besorgt. Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ ist es, die die Arbeiter durch die Arbeitsgemeinschaft an das Unternehmertum fesselt und damit die einzige Klassenfront der Arbeiter verhindert. Die „Dresdner Volkszeitung“ ist keine Waffe für die Arbeiter im Kampf um die besten Lebensbedingungen.

Nützlich für die bevorstehenden Auseinandersetzungen — wirtschaftliche und politische Orientierung, die für jeden Arbeiter dringend notwendig ist, kann der bewußte deutsche Arbeiter nur in dem Organ des revolutionären Proletariats, in der „Arbeiterstimme“, finden. Deshalb ist für alle diejenigen der

## 1. Oktober ein Tag der Entscheidung.

die nicht gewillt sind, die Kapitalisten und ihre Agenten zu unterstützen, und damit die Kämpfe der Arbeiter zu erschweren und neuen Betrug zu ermöglichen.

Am 1. Oktober heißt es für jeden Klassenbewussten Arbeiter: Heraus mit dem Geist der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, in das Arbeiterhaus gehört nur die

## „Arbeiterstimme“

## Streik im Berliner Expeditionsgewerbe

Berlin, 28. Sept. Die Morgenblätter melden: Nachdem auch die getriggerten Lohnverhandlungen zu einer Einigung nicht geführt hatten, hat nach gestern Abend eine Kollisionskammer der Expeditionsgewerkschaft den Streik beschlossen, der heute früh in Wirksamkeit treten soll. Notstandsarbeiten sollen ausgeführt werden.

## Streik der Heizungsmonteure in Hannover

Hannover, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Heute haben die Heizungsmonteure in Hannover die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung, den Stundenlohn von 1 Mark auf 1,30 Mark zu erhöhen, von den Unternehmern mit einem Angebot von 1 Pf. Erhöhung pro Stunde beantwortet wurde.

## Neue Stilllegung im Ruhrgebiet

Hamborn, 29. Sept. (Telunion.) Auf der August-Idyllen-Hütte wird in den nächsten Tagen die Silica-Eisenfabrik, eine derjenigen Betriebe, die bisher fast ohne Betriebsstörungen gearbeitet hat, stillgelegt.

## Eisenbahnerstreik in Danzig

Danzig, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Da die Lohnverhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Arbeitern der Danziger Eisenbahngesellschaft ergebnislos verlaufen sind, haben die Arbeiter in den Werkstätten die Arbeit niedergelegt.

## Die Furcht vor der Wahrheit

Wien, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der von der Krupp-Belegschaft entlassene sozialdemokratische Flugblattverleger Overhagen sollte gestern in einer öffentlichen Verammlung im Rathaus sprechen. Tausende waren nach dem Verammlungsort gekommen. Unter großer Empörung mußten sie jedoch feststellen, daß Overhagen an der Grenze von der österreichischen Polizei aufgehalten und ihm die Einreise verhindert worden war.

## Parteitag der KPD

Bras, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonnabend wurde der 3. Parteitag der KPD eröffnet. Genosse Hagen eröffnete den Parteitag und wies auf die Wichtigkeit dieses Parteitages hin, der die Ergänzung des 2. Parteitages ist. Auf dem 2. Parteitag wurde die politische Linie der Partei festgelegt. Jeder Genosse muß sie anerkennen und festhalten. Genosse Hagen wies auf den Faschismus und den weißen Terror hin, der in der Tschechoslowakei im Gange ist. Die KPD ist einheitlich und diszipliniert geworden, was auch dieser Parteitag ausdrückt wird. Genosse Hagen gedachte der Opfer der Klassenkämpfe und des weißen Terrors, und begeistert erhoben sich die Anwesenden des Kongresses und stimmten in die „Internationale“ ein. Die Krise der Partei ist überwunden. Trotz der größten Verfolgungen wird der Parteitag, Einheitsfront und Festigung bringen. Nach dieser Eröffnungsgrede fand die

Wahl des Präsidiums statt, in das die Genossen Neuwirth, Jenz und andere gewählt wurden. Nachdem hielt Genosse Hagen das Referat über die politische Situation.

634

## Katoffs Martyrium

Sabagel, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Zeitungen lassen durchblicken, daß Katoff sich während der letzten Tage in einem bedenklichen Zustand befindet. Er habe ein vollständiges Gedächtnis abgelegt. (?) Wahr ist, daß Katoff jede Anklage verweigert hat. Er beanhat sich sehr frohig und erklärte, Neuherungen über die kommunistischen Fragen und über die heutige Gesellschaftsordnung könne man von ihm haben, soviel man wolle, jedoch über bestimmte Fragen verweigere er jede Auskunft. Er sei sich seines Schicksals klar bewußt und lege allem vollständig ruhig entgegen.

## Der Aufruf des englisch-russischen Einheitskomitees

Der Aufruf des englisch-russischen Einheitskomitees, der in London von Tomlinson und Bramley erlassen wurde, ist bereits in der Presse im Auszug verbreitet worden. Bei der Wichtigkeit des Dokumentes geben wir im folgenden die Hauptstellen wörtlich:

Alle Tatsachen und Gründe, die im letzten April die internationale Gewerkschaftseinheit zu einer gebieterischen Notwendigkeit machten, bestehen weiter und nehmen an Wichtigkeit zu. Die wirtschaftliche Lage, die durch den Dovesplan in den meisten Ländern verschlechtert wurde, ist seit Beginn dieses Jahres noch ernstlicher geworden. Die Arbeitslosigkeit nimmt im Weltmaßstab ständig zu. Die Angriffe des Unternehmertums auf die Arbeitszeit und Löhne der Arbeiter werden immer schärfer und bestimmter. Parallel mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Reaktion wird auch die politische Lage immer mehr von reaktionären und den Arbeiterinteressen feindlichen Tendenzen beherrscht. In den einzelnen Teilen Europas nehmen die reaktionären Kapitalistengruppen immer mehr an Macht zu und beeinflussen immer mehr die Politik der Staaten. Die Kriegsgelohr rückt immer näher.

Die englisch-russische Konferenz hat im letzten April die Lage in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Es sieht bereits so aus, als ob ein neuer Krieg, noch schrecklicher, noch ungeheuerlicher als der letzte, vorbereitet wird.“

Diese Worte haben immer noch vollkommene Geltung. In Marokko, in Spanien und China donnern bereits die Kanonen und zeigen die Berechtigung dieser Befürchtungen. Man führt Krieg gegen die Rifstämme in Marokko und gegen die Araber in Spanien; zur selben Zeit werden die chinesischen Arbeiter und Bauern, die sich gegen Ausbeutung und Gewalttätigkeit auflehnen, mit bewaffneter Macht niedergehalten. Dies zeigt allen Arbeitern der Welt, wie unaufhörlich die Friedensbedingungen der kapitalistischen Staatsmänner sind.

Der Garantiepakt legt Deutschland die Pflicht auf, militärische und wirtschaftliche Sanktionen gegen solche Staaten anzuwenden, die sich dem Völkerbund nicht fügen wollen. Der Zweck ist dabei, Deutschland in ein militärisches Bündnis gegen Sowjet-Rußland hineinzuziehen. So soll Deutschland eine ständige Bedrohung für Sowjet-Rußland werden, und es soll die strategische Basis für ein künftigen Angriff gegen die Sowjet-Republiken werden.

Die Aufrichtung einer die ganze Welt umschließenden Gewerkschaftsinternationale ist deshalb nötiger geworden denn je. Die aktive Sympathie, die durch die Schöpfung des vereinigten englisch-russischen Gewerkschaftsrats unter den Arbeitern aller Länder geweckt wurde, ist ein unabweisbarer Beweis der Richtigkeit der Linie, die von der englisch-russischen Konferenz festgelegt wurde, von der Richtigkeit der praktischen Vorläufe, die auf dieser Konferenz gemacht wurden. Die Suche der Gewerkschaftsinternationale im nationalen und internationalen Maßstab wird unbedingt sich erfolgreich durchführen. Der gemeinsame Gewerkschaftsrat, der ins Leben trat durch den leidenschaftlichen Willen zur Einheit von über 11 Millionen englischer und russischer Arbeiter, appelliert an die Arbeiter aller Länder, an ihre Organisationen und Führer, ihre Kräfte mit denen der englischen und russischen Gewerkschaften zu vereinen, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Einigung der Arbeiterklasse entgegenstehen, und um eine einheitliche, die ganze Welt umschließende Gewerkschaftsvereinigung zustande zu bringen.

## Die Streiklage in Shanghai

New York, 28. Sept. (Telunion.) In Shanghai sind die chinesischen Telegraphenbeamten in den Streik getreten, da ihnen die geforderte Lohnzulage nicht bewilligt worden ist. Mit den streikenden Arbeitern der britischen Post- und Fernsprechanstalten in Shanghai ist ein Kompromiß geschlossen worden, so daß alle Betriebe wieder in Gang gebracht werden konnten.

## Die kommunistische Gefahr in Indien

London, 28. Sept. (Telunion.) Wie aus Simla gemeldet wird, machte der indische Innenminister G. C. S. heute im indischen Parlament während der Aussprache über den Antrag auf Freilassung der politischen Gefangenen interessante Angaben über den Umfang der kommunistischen Propaganda in Indien. Er erklärte, daß die Regierung schriftliche Beweise in den Händen habe, daß die kommunistische Propaganda in Indien über China geleitet und hauptsächlich durch chinesische Kommunisten betrieben werde. Aus China seien während der letzten Monate große Mengen von Flugblättern und Broschüren eingeführt worden. Ferner teilte G. C. S. mit, daß die deutsche Regierung die indische Regierung gebeten habe, die von indischen Kommunisten ausgehenden Angriffe auf die deutsche Regierung zu unterbinden.

## Keine französische Offensive in Marokko

Paris, 28. Sept. (Telunion.) Die Gerüchte, nach denen die französischen Truppen in Marokko zu einer neuen großen Offensive übergegangen sind, sind verfrüht. Die Lage ist unbedenklich. Sigmarskoff ist von schweren Gemitterstürmen heimgelassen worden. Die telegraphischen Verbindungen mit Algier sind gestört.

Ein notwendiges Mittel zu einer unerschütterlichen Feststellung ist unbedingt auch die Befreiung durch einen Hauptstrahl zuweisen dem Unterricht in der Schule. Aber nicht nur der Schulunterricht, sondern auch der Unterricht in der Kirche, die gesamte Tätigkeit, auch die Aufsicht des Lehrers untersteht der Kontrolle des Klassenrats. Unschlüssig heißt es in der Begründung zu diesem Paragraphen: „Wenn sich die Tätigkeit des Lehrers mit den Aufgaben der Volksschule nicht verträgt, und andere Maßnahmen eine Abhilfe nicht gewährleisten oder unmöglich geblieben sind, ist es nicht mehr angelegentlich, einen solchen Lehrer weiter unterrichtlich an der Schule zu beschäftigen.“

Damit wird den freidienlich gesinnten Lehrern, die unzulänglich ausgebildet sind, die Existenzmöglichkeit geraubt. Das verfassungsmäßig „verbriefte“ Recht als Staatsbürger wird nicht festgesetzt. Für uns Kommunisten sind das gewiß keine Neuigkeiten. Denn wir wissen, daß Verfassungsfragen Klagen sind, daß sie außer Kraft gesetzt werden, wenn man sie hart genug dazu fühlt.

Der Gesetzentwurf ist jedoch klar bis zu Ende durchgeführt. Wenn nicht genügend Lehrkräfte vorhanden sind, die den Unterricht im Sinne der Kirche erteilen können, die Seelsorger des Religionsunterrichts erteilen. Das Ziel ist klar und deutlich: Der Unterricht soll unter Aufsicht der Klassen kommen. Der Religionsunterricht soll aber möglichst in die Hand des Seelsorgers selbst gelegt werden.

Wird dieser Gesetzentwurf durch, dann ist die schwarze Fahne über der deutschen Volksschule hochgezogen! Doch der Appell kommt beim Essen. Die Konfessionalisierung der Volksschule stellt nur den Anfang dar. Die höhere soll folgen. Forderung nach der Sitzung des Hauptauswahlschusses des Preussischen Landtages vom 31. August 1925 der Zentralausschusses V. a. u. s. e. r., daß auch das höhere Schulwesen konfessionell einseitig einrichtet werden mußte. „Für katholische Schüler katholische Schulen.“ Das ist heute die Schulforderung des Zentrums geworden, an dessen Spitze der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Marx steht.

Das Zentrum als Schrittmacher seines schwarzen Bundes von der evangelischen Fakultät geht heute auf der ganzen Linie mit Angriff über, um die Erziehung der heranwachsenden Jugend in die Hand der Kirche zu bringen. Dieser Reichshuldenentwurf aus dem Jahre 1925 geht weit über den berühmtesten Jesuitenschulgesetzentwurf vom Jahre 1802 hinaus. Er kann nicht durch Abänderung einzelner Paragraphen geändert werden. Er muß in seiner Gesamtheit verschwinden. Um dies aber zu erreichen, dazu ist es notwendig, daß die breiten Massen sich gegen die Verkürzung der Schulen erheben.

Die Lehrerpresse hat sich dadurch ein Verdienst erworben, daß sie diesen Entwurf an das Licht der Öffentlichkeit zog. Jetzt gilt es, ihn zu verhindern. Man plant eine Heberumpelung. Da das erste Manöver mißlungen ist, drängt man jetzt, wie der „Kantische Kurier“ vom 6. September schreibt, zur baldigen Reichstagsberatung, da lange Verschiebung wenig nützlich sei, und sonst die Gefahr bestünde, daß man sich auch auseinanderreibe. Das sind die Methoden, die man auch in Bayern anwandte, um das Konkordat zu verabschieden, ehe die Öffentlichkeit zur Meinung kam, ehe die werktätige Arbeiterklasse die Gegenwehr ansetzte. Die bayerischen Spuren ähneln! Die politischen Freidenkerorganisationen, die Lehrerverbände, die Arbeitervereine, alle müssen mobil gemacht werden, um den Angriff der Kirche auf unsere Schule abzuwehren, um die Kirche dorthin zu weisen, wohin sie gehört — in die Kirche.

Mit denselben Methoden, mit denen man die Steuer- und Zollgelehrte erzwang, will man auch jetzt die Bezahlung für die Unterweisung durch das Zentrum, die Auslieferung der Schulen an die Kirche, eintreiben.

## Die Barmatpleite

Berlin, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Eine Berliner Zeitung berichtet: In einer geheimen Sitzung des Barmat-Ausschusses des Preussischen Landtages machte nach einer Nachricht, einer als unzuverlässig bekannten Wirtschaftskorrespondent, Angaben über die Staatsschulden der Barmat-Gruppe. Die Höhe der Schulden, die Barmat und Kautzler bei der Staatsbank zu Buche stehen haben, betrug beläuft sich die Schuldensumme Kautzlers im Augenblick auf 12 675 000 Mk., während Barmat noch 10 750 000 Mk. Schulden hat. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist, daß in der Bilanz der Staatsbank für 1924 diese Forderungen größtenteils noch als Fiktionen aufgeführt worden sind.

## Der deutsche 100-Millionen-Kredit für Rußland

Die „Welt am Abend“ brachte am 24. September die Nachricht, daß die Sowjetregierung von deutscher Seite einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Mark zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen erhalten habe. Die „Welt am Abend“ schrieb dann weiter: „Mit Hilfe dieser Maschinen wird die Sowjetregierung die Ablieferung des Getreides bei den Gegnern bewerkstelligen. Aus den Getreideerträgen, vor allem aus dem abgelesenen Roggen, werden dann die deutschen Kredite abgedeckt werden.“

Die Tatsache des 100-Millionen-Kredites stimmt. Aber das heißt nicht, daß ein Entgegenkommen Sowjetrußlands an Deutschland dar, als ungeführt. Denn Sowjetrußland faßt Deutschland Waren im Werte von 100 Millionen und bezahlt innerhalb von 3 Monaten. Es zeigt sich dabei der Wille der Sowjetregierung, bei den umfangreichen Käufen, die zur Zeit erforderlich sind, auch die deutsche Industrie zu berücksichtigen.

## Die Bergarbeiter gegen die geplante Verringerung des Reichsnappschaffengesetzes

Dresden, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Im ganzen Reichsbereich fanden im Laufe der letzten Tage insgesamt 60 Versammlungen einzelner Anknappschaffensorgane statt, die zu der Forderung einigten, die Reichsnappschaffensorgane auf Abänderung des Reichsnappschaffengesetzes zu ungunsten der Bergarbeiter Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen wurde scharf gegen diese geplanten Maßnahmen protestiert und es wurden Resolutionen in dem Sinne einstimmig angenommen.

**Genosse erfülle deine Pflicht! Wirb neue Abonnenten!**





### Bom Dresdner Wohnungsmarkt

Was das Wohnungsamt den Arbeitern zumutet  
(Arbeiterkorrespondenz)

Wer einmal auf Wohnungssuche geht, kann heute allerhand erleben. So wies unlängst das Dresdner Wohnungsamt einem Kollegen eine Wohnung zu, die total unbewohnbar ist. Zwar leidet das Wohnungsamt, bevor es Wohnungen zuweist, stets Beamte zum Ausmessen der bestehenden Wohnung, doch wahrscheinlich hat das Wohnungsamt sich gefügt, für einen Arbeiter ist sie gerade noch gut genug.

Die betreffende Wohnung befindet sich Saalhausener Str. 51 pt. und 1. Et. Nach Auslagen des Hauswirts ist das Haus eine 200jährige, alte Lehmhude (Fachwerkbau), die er bereits zum Abbruch gemeldet hatte, da sich das Gebäude in ganz schlechtem Zustand befindet. Das Dach fällt bereits ein, der Regen geht durch, und die Bodenplatte, die gleichzeitig Kammerdecke ist, verfault durch und durch. Der Boden ist dadurch bereits völlig gebrauchsunfähig, an den Boden Stellen dringt man bereits in die Kammer durch. Der Wirt lehnt es ab, Reparaturen auszuführen, da sie zwecklos sind. Die oberen Zimmer zu vermieten, lehnt er ebenfalls ab, da die Bretter an der Decke bereits schon nicht mehr auf den Trägern liegen, sondern nur noch zwischen den Balken klemmen. Ferner sind die Wohnzimmer kaum 1,80 Meter hoch, so daß Schränke nicht eingestellt werden können. Das Holz der Balken verfault, wenn man etwas daran schaut, wie Wehl. Die Wände sind sehr naß, der Ofen eingestürzt. Die Räume sind infolge ihrer Beschaffenheit sehr kalt.

Der besichtigende Beamte des Wohnungsamtes soll sich gedauert haben: „Wenn wir hier ausbessern wollen, dann führt uns der ganze Wau ein.“ Trotzdem magt es das Wohnungsamt immer wieder, Leute zu vermieten. Die bisherigen Leute ziehen wegen Einstrahlung aus, weil sie beim Schlafen den Schirm aufspannen mußten!

Derartige Fälle stehen keinesfalls vereinzelt da. Durch die Vermittlung derartiger häßlicher Wohnungen glaubt das Wohnungsamt, die Wohnungsnot zu lindern. Der Wohnungsstand der Stadt Dresden stinkt bereits zum Himmel.

### Nochmals zum Krematoriumsprojek

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten W.)

Am Freitag, den 23. September, 10 Uhr vormittags, fand vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen die beiden Feiler Jüffel und Frenzel von der hiesigen Feuerbestattungsanstalt statt, denen nach den auch von uns bereits gebrachten Mitteilungen „ungeheure“ Verletzungen zur Last gelegt wurden. Um dem Sanierungsbedürfnis verschiedener Leute entgegen zu kommen, fand die Verhandlung im Schwurgerichtssaal statt. Der Anwalt der Verteidigung war denn auch sehr hart. Die Preisverhandlung dauerte bis 4.30 Uhr und forderte allerlei Dinge, die für den Rat nicht gerade schmeichelhaft sind, und über die der Untersuchungsrichter der Stadtverordneten noch ein scharfes Wort zu sagen haben wird. Vorteil hat die Verhandlung erbracht, daß schon seit 1918 Tischler, Tischler- und Klebungshölzer, mit denen die Leichen umgeben waren, auf Anordnung des damaligen Direktors, Stadtrat Fraune, entfernt wurden, um die Leichen über Nacht zu lagern, die viele schmerzhaften Stoffe erzeugten, zu beruhigen. Diese Stoffgelegenheiten sollten zwar im Generator verbrannt werden, wurden aber teilweise als Fußboden benutzt und von einem Teil der Feiler mit nach Hause genommen. Diese Vorgänge fallen rechtlich unter die Verjährung und müssen von der Anklage fallen gelassen werden. — Die Stahlmasse. Hier gibt Jüffel zu, 1919 einen Trauring abzugeben zu haben, um ihn, falls er verlangt wird, den Angehörigen auszubringen. Der Ring ist nicht verlangt worden und so hat er ihn behalten. Auch dieser Fall ist verjährt. Frenzel gibt zu, aus der rüstständigen Staub- und Fettlauge, die nicht in der Wäschanlage beigemengt wird, Zähne mit Platinplättchen, Plomben und anderes Edelmetall herauszuholen und verkauft zu haben. Der Verkauf erfolgte an die Edelmetallhändler Drillich, Amalienstraße, und Schmidt am Rathenauplatz. Beim Verkauf bediente er sich des Namens Karl Schulze. Er hat insgesamt verkauft an Drillich in 18 Fäl-

len für 64 Goldmark, an Schmidt in 4 Fällen für 714 Goldmark. Bei einem Verkauf im Krematorium in Frenzel von Drillich dort erkannt worden und hat dem Rat der Stadt Dresden Mitteilung gemacht. Im Frühjahr 1925 hat Jüffel ein Paar Ohrringe von einer Frauenleiche abgestaubt. Seit Oktober 1923 bestanden für die Feiler die Vorschriften, die Abreste nach Edelmetallen zu durchsuchen und die letzteren abzugeben. Obige Ohrringe sollten abgegeben werden. Frenzel äußerte aber Bedenken, da sie sich an den Leichen nicht vergreifen sollten. Jüffel überließ dann Frenzel die Ohrringe, der sie weiterverkauft. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frenzel wegen Urkundenfälschung und Diebstahl 1 Jahr, gegen Jüffel wegen Diebstahl 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger führte u. a. aus, daß bei einer Verurteilung die beiden Feiler Märtyrer ihres Berufes werden. Durch den jahrelangen Umgang mit Leichen von Leichen sind ihnen die Gefühle, die andere Verdächtige nennen, verloren gegangen. Diebstahl kommt nicht in Frage, weder objektiv noch subjektiv. Es fehlt der Eigentümer. Plomben und künstliche Zähne müssen als Teile des Körpers beim lebenden Menschen angesehen werden. Niemand habe ein Eigentumsrecht an dem Körper eines anderen, lo auch bei der Leiche. Auch die hinterlassenen können Befugnisse nicht geltend machen. Er führt sich hierbei auf Entscheidungen von Reichsgerichtsräten. Diese Dinge gehören aber auch nicht dem Stadtrat. Anders bei Schmuckstücken. Da haben die Angehörigen das Erbrecht. Subjektiv fehlen die Voraussetzungen des „Diebstahls“, da die Angeklagten annehmen mußten, daß es gleich ist, wer sich die Dinge aneignet. Jüffel sei überhaupt durch Frenzel verführt. Ersterer müsse freigesprochen werden. Frenzel ist ohne Verteidiger und führt zu seiner Verteidigung nur an, daß die Dinge, so wie sie ihm zur Last gelegt wurden, nicht stimmten und daß er eigentlich nicht daran gedacht habe, ein Verbrechen zu begehen. Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende das bekannte Urteil. In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht habe Diebstahl als gegeben betrachtet, die Angehörigen müssen als Eigentümer der entwendeten Dinge angesehen werden. Als Schmuckstücke wurde Frenzels Kollage, dann aber die starke Heberklammer und äußerst mangelhafte Feilschneidung der Feiler, für die die Verwahrung verantwortlich sei, angesehen. — Der wegen gemeinschaftlicher Diebstahl gleichzeitig angeklagte Edelmetallhändler Drillich wurde freigesprochen.

Die Verhandlung hat gezeigt, daß die Ausführungen der kommunikativen Fraktion im Kreisausschuß das Richtige waren. Inwiefern der Rat auf die Anklageband gehört, darüber wird das Stadtverordnetenkollegium noch sein Urteil zu sprechen haben.

### Neue Dresdner Erfolge

Leiter der Zelle Seibel u. Naumann gewonnen 21 Abon.	
• Bilsch, Lobtau	8
• Jüffel, Köhlischbrunn	5
• A. Schulze (ein neuer Leiter)	4
• Meusel	3
• Starke	2
• Wälsche, Dresden	2
Zellengruppe Mieten	7
Von verschiedenen Lefern	6

Größere Unternehmungen wurden im Bereiche der Reichsbahnverwaltung Dresden und zwar in der Güterabfertigung Dresden-Mittstadt aufgedeckt. Zwei Eisenbahnbedienstete und ein Eisenbahnarbeiter verübten in den letzten zwei Jahren dadurch Unterschlagungen, daß sie allerlei falsche Rechnungen vorlegten. Auf diese Weise erlangten die drei ungetreuen Beamten, soweit bisher ermittelt werden konnte, rund 50.000 Mark. Wie verfaßt, sind die auf so unerhörliche Weise erlangten Gelder verteilt im Güterbahnhof verstreut worden. Die drei Beamten wurden festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugestellt.

Unterbrechung in der Stromzuführung. Am Sonnabend zwischen 6 und 7 Uhr abends traten im Fremdstrom drei Unterbrechungen auf, die mehrere Male Ursache in die Lichtversorgung der Stadt brachten. Unterbrechungen und Schwankungen im Fremdstrom beeinträchtigen besonders den Betrieb der Straßenbahn, da die Kalkulation, die den von der Stadt zu leistenden Diebstahl in Betracht für die Straßenbahn umformen, ausfallen und immer wieder angefallen werden müssen.

Strassenbahnlinien 8 und 22. Von Dienstag, den 22. September bis zum Freitag, den 2. Oktober, wird nichts von 1 Uhr an, der Karlsruher Linie für den Strassenbahnverkehr gesperrt. Die Nachtzüge der Linie 8 verkehren demzufolge in beiden Richtungen nicht über die Albertstraße, sondern über Marienstraße, Carolinstraße und Albertstraße. — Weiter verkehren in der Nacht vom Dienstag, den 22. September zum Mittwoch den 30. September, von 1 Uhr an die Nachtzüge der Linie 22 nicht durch die Brunner Straße, sondern durch die Pilsener Straße und Strießer Straße.

Tauschfall. Dresden, 23. Sept. Bei Ausbuchtungsarbeiten in der Neuländer Straße stürzte am 26. September eine neben dem ausgehöhlten Graben liegende, 2 Meter hohe Mauer um 6 Arbeiter wurden verletzt, glücklicherweise nur leicht.

## VORLESUNG 695

Vom Schicksal der Arbeit

Opfer der Arbeit. Dresden, 23. Sept. Ein Steuermann aus Königsberg stürzte im Dresden-Kanal bei der Arbeit über ein Seil, schlug beim Fall auf den Kopf und auf die Vorderseite eines Rahmens und fiel ins Wasser. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und noch ein großes Hirnblutung ins Krankenhaus. Der Verunglückte hinterließ eine Witwe mit sieben Kindern.

Der Arbeiter vor Gericht. Am Sonnabend wurde beim Verlegen von Gasrohr in einem Grundriß an der Neuländer Straße in Dresden-Lauscha ein Arbeiter in einer Länge von zehn Meter ein. Durch die Tätigkeit wurden drei Arbeiter erheblich verletzt. Die Feuerwehr legte die ersten Rohrverbände an und brachte die Verletzten nach dem Krankenhaus.

Opfer der Elektrizität. Dresden, 23. Sept. Am Sonnabend ereignete sich am 1900-Vollleitung Pauls-Treben Süd der Witzsch-Graben ein großes Unglück. Ein Kontrakt geriet bei Wartungsarbeiten, die schon seit Monaten und auch am Freitag am dem abgelassenen Stromtreibe ausgeführt hatte, dem Spannungsführenden Stromtreibe zu nahe. Die Berührung hatte sofort seinen tödlichen Tod zur Folge.

Vom Starbrenn getötet. Leipzig, 23. September. Während der Elektromontage einer Maschine bei einem Umbau in Schwand eine Reparatur am Motor vornahm, kam er den Drähten zu nahe, die unter Strom lagen, und wurde auf der Stelle getötet. Dieser ist 27 Jahre und wollte kommende Woche heiraten.

„Wunsch im Schacht 1 der Zeche „Janet“.“ Dresden, 23. Sept. Auf Schacht 1 der Zeche „Janet“ bei Sterbe ereignete sich Freitag und Sonnabend ein großes Unglück. Am Freitag nachmittag machte sich auf der zweiten Sohle des 600 Meter tiefen Schachtes ein Wasserbruch bemerkbar, der sich am Sonnabend voll auswirkte. Anzeichen ist, wie die Bergbau-Kommission feststellt hat, das Unglück auf den Druck einer Schachtmauer zurückzuführen. Die Wasserleitung ergossen sich am Sonnabend mittig in den Schacht. 6 Bergleute waren zur Zeit des Unglücks auf der ersten Sohle beschäftigt und wurden von der ungeheuren Macht des Wasserdruckes mehrere Meter weit fortgeschleudert. Außer einem Verwundeten eines Bergmannes erlitten die Bergleute keine erheblichen Verletzungen. Sie konnten sich noch rechtzeitig vor dem Wasser- und Schlammstrom in Sicherheit bringen. Die Wasserleitung sehen mit ungeheurer Schwundigkeit den ganzen Schacht unter Wasser und fanden dann durch einen Zugangsstollen den Weg zu den benachbarten Zechen. Die Zeche der Gutehoffnungshütte in Sterbe und Oberfeld wurde hart gefährdet. Eine dieser Zechen der Gutehoffnungshütte wurde auf der untersten Sohle von den Schlammmassen in einer Höhe von 75 Zentimeter und mehreren Kilometern Ausdehnung überflutet. Ein Einbruch dieses Schachtes würde durch rechtzeitiges Abdämmen der Schlammfluten verhindert. Am Sonnabend nachmittag stürzte der Schacht der Zeche Janet völlig ein. Die hier befindliche große moderne Förderanlage des Hauptbetriebsgebäudes und ein Teil der Nebengebäude sowie eine große Menge Maschinen veranken in den sich bildenden Schlamm- und Wasserfluten, die ein Ausmaß von 70-80 Meter im Durchmesser haben. Der Schacht ist vollständig zerstört. Nach Schacht 2 der Zeche „Janet“ ist hart gefährdet und man rechnet unter Umständen mit derselben Katastrophe.

Schnee in Schwärzwald. Nachdem in den letzten Tagen auf den Höhen des Schwarzwaldes wiederholt leichtes Schneeflocken niedergegangen war, hat am Sonntag abend auf dem Feldberg bei einer unter dem Gefrierpunkt liegenden Temperatur Schneefall eingesetzt. Montag morgen 7 Uhr wurde auf dem Feldberg eine Schneedecke von 5 Zentimeter gemessen. Auch die anderen Höhen des Schwarzwaldes tragen zum Teil eine leichte Schneedecke.

Tödlicher Sturz eines Fallschirmspringers. Sagan, 23. September. Einen tragischen Abbruch fand der geistige Saganer Flugpilot. Der Fallschirmspringer war infolge Versagens des Fallschirms aus etwa 300 Meter Höhe ab und war sofort tot. Er hatte einen Gehirnerschütterung erlitten. Infolge des Unfalls wurden die weiteren Veranstaltungen abgebrochen.

Feuertod. Schönheide, 23. Sept. Am Donnerstag nachmittag wurde das Fabrikgelände der Jahrbuchfabrik Schlegler u. Co. durch einen Brand völlig zerstört. Der Schaden ist sehr groß. Als Ursache des Brandes vermutet man Kurzschluss.

Vom Blitz getötet. Frankfurt, 23. Sept. Bei dem schweren Herbstgewitter, das über die nördlichen Stadtteile niederging, traf ein Blitz einen an einem Neubau beschäftigten Arbeiter und tötete ihn auf der Stelle. Zwei andere Personen wurden betäubt, konnten sich aber bald wieder erholen.

### Feuilleton

Mit den Lehrern

Von Fritz Rolf (s. 3. Hofbau)

Die Antikomjunktur weiß, warum sie vor Delegationen nach Sowjetrußland warnt. Dem überwältigenden Anschauungsunterricht gegenüber können gegenwärtige Zeitungsberichte nicht mehr verfangen. Auf den Lehrer in Deutschland wirkt es wohl, wenn man ihm erzählt: „Was willst du werden? Ihr werdet doch nur Potentialische Dörfer leben. Man wird euch ein paar Musterhöfen zeigen, die man zu diesem Zweck angelegt hat.“ Geht er aber trotz dieser Warnungen — und sie wurden den Teilnehmern der Delegation reichlich zuteil — geht er trotz dieser Warnungen nach Sowjetrußland, so sieht er bald, daß die zwei Millionen junger Pioniere in allen Teilen Rußlands, die Scharen der Kommunisten, die zahllosen Kinderhäuser und Schulen keine Potentialischen Dörfer sind, aber daß aus den Potentialischen Dörfern die erstaunlichsten, lebensfrohen Wirklichkeit geworden ist.

Der Wirkung dieses überwältigenden Anschauungsunterrichts konnte sich unsere Lehrer-Delegation nicht entziehen. Es waren Klassen, die reinen Herzens kamen: Parteikolle, Sozialdemokraten, ein Demokrat und ein paar Kommunisten. Sie waren nach keiner Seite gebunden oder verpflichtet und hatten den Willen, möglichst viel zu sehen und zu erfahren. Die Sprache der Tatsachen war so klar, daß immer wieder trotz der verschleiernden Zusammenfassung der Delegation eine erstaunliche Übereinstimmung in Wirkung und Urteil zustande kam, so daß man an den Reden, die gehalten wurden, oft nicht die Parteiparaphrasen des Redners erkennen konnte. Ja, Parteikolle und Sozialdemokraten äußerten oft spontan ihre Gegnerschaft. Nahrung und ihre Bewunderung für das, was sie sahen, daß kein Kommunismus mehr Wärme hätte aufbringen können. Diese Einmütigkeit zeigt sich auch in dem Abschließenden, in dem die Delegation ihre Eindrücke in sozialwissenschaftlicher Weise zusammenfaßt. Das Abschließende der Lehrerdelegation ist ein Schriftstück von kulturhistorischer Bedeutung. Zum erstenmal weist hier eine Schaar verschiedenartiger Geistesarbeiter geschlossen auf das neue kulturelle Geschehen im Osten hin. Der Bann der kapitalistisch-individualistischen Ideologie ist durchbrochen.

Der wichtigste Eindruck, den alle Lehrer mit hinüber in ihre Länder genommen haben, ist folgender: Unter der Diktatur des Proletariats ist im russischen Schul- und Volkshochschulwesen der größte Umbruch eingetreten, der sich denken läßt. In der Kulturgeschichte der Völker ist es ohne Beispiel, was in so wenigen Jahren in einem so ungeheuren Lande in allen Schichten, Klassen und Altersstufen an Bildungsarbeit geleistet worden ist.

Ein Lichtstrahl-Flugzeug. In London hat man ein Flugzeug konstruiert, das, wie „Electrician“ berichtet, speziell für Fernreisen gebaut ist. Das Flugzeug, das eine Spannweite von etwa 34 Metern besitzt, trägt an der schwarzen Unterseite keiner Tragflächen riesige Buchstaben, die von großen elektrischen ingenieurtechnischen „Lichtstrahlbirnen“ gebildet werden und eine Breite von 1,1 Meter, eine Höhe von 2,6 Metern besitzen. Die zur Speisung der Lampen erforderliche Stromquelle befindet sich in Form eines Aggregates an Bord, das aus einem 27 PS-Motor und einem 10 Kilowatt-Dynamo besteht. Das Flugzeug fliegt gewöhnlich in einer Höhe von 750 Metern, doch lassen die Buchstaben so hell und deutlich sein, daß auch in doppelter Flughöhe die Schrift noch gut zu erkennen ist.

„Das Arbeiterbuch“. Nr. 2 haben erschienen. Dieses Bulletin des Neuen Deutschen Verlages bringt zur Information der Parteipolizeure Auszüge aus Band 2 „Reben der Revolution“, „Reben von Ferdinand Lassalle“, sowie aus der Broschüre von

Edo Timmen: „Weltlage und Proletariat“. Nach einem interessanten Abriss über den proletarischen Roman nimmt „Das Arbeiterbuch“ in einem Artikel „Kuhlen im Lichte der englischen Gewerkschaftler“ Stellung zu der soeben im Verlag des TGS erschienenen Schrift „Schwäche gegen den Kuhlen-Bericht“ der englischen Gewerkschaftsdelegation. Wir empfehlen allen Parteipolizeuren diese interessante Nummer, die der Verlag gratis zur Verteilung bringt, zur Information.

Eperanto. Der Dresdner Arbeiter-Radio-Klub veranstaltet für seine Mitglieder im kommenden Herbst ein Eperanto-Kursus, an dem auch Nichtmitglieder teilnehmen können. Die zunehmende Zahl der deutschen und ausländischen Sender, die Vorträge in Eperanto geben, stellen jeden ersten Junifreund vor die Notwendigkeit, sich mit Eperanto zu beschäftigen und es zu erlernen. Der Kursus beginnt heute, Dienstag, den 22. September, abends 7 Uhr in der 21. Volkshule am Freiburger Platz.

### Rundfunk

Mitte-deutsche Sender Dresden und Leipzig

Leipzig (Welle 464). — Dresden (Welle 322).

Mittwoch, den 23. September 1925.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hauptstadt-Station. 12.45 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Börsen- und Preisbericht. 4.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert der Leipziger Rundfunkkapelle, darunter: Martinus Springers Klavierkonzert, 6.45 bis 7 Uhr: Rundfunkstunde. 7-7.30 Uhr: Vortrag: Werner Jenzer, ehemaliger Schüler am Institut für experimentelle Pädagogik der Universität Leipzig. Die Erziehung des Unterbewusstseins. Die Leistungen der Psychoanalyse. Erläuterungen an einfachen Reaktionen (Verstärken, Verleihen, Vergessen usw.) 7.30-8 Uhr: Dr. Peter Bönigk: Katholische Kultur und ihre Eigenart. 8.15 Uhr: Sendungskonzert. Dirigent: Alfred Brandel. Solist: Rudolf von Koenig (Violone). Anschließend (etwa 8.30 Uhr): Besprechung und Gortfunkdienst.



Wir führen Wissen.



der Bezirkskonferenz des RSD, Dresden.

Die Bezirkskonferenz des RSD, Dresden, hat nach eingehender Beratung und Verabredung auf dem Boden des offenen Briefes des RSD, Dresden, die folgende Meinung über die zur Durchführung notwendigen Fragen in folgendem Sinne:

1. Die Bezirkskonferenz lehnt die Erklärung Moskaus zum 1. Weltkongress ab und erklärt, dass der 1. Weltkongress keine den wesentlichen Kommunistischen Parteien die Aufgabe, in der Periode des Niederganges der revolutionären Welle, durch die Anwendung eines richtigen Einheitsfronttactics an die Massen der unter dem Einfluss der reformistischen Parteien stehenden Arbeiter heranzuführen. Die wesentlichen Beschlüsse bilden einen wesentlichen Bestandteil des Manifests, die von Moskau in den verschiedenen Artikeln, vor allem aber in seiner Beschlüsse, die zwei Resolutionen von 1917, angegriffen wurden. Ohne Durchführung dieser Beschlüsse ist eine Entwicklung der RPD unmöglich. Was für die Partei zutrifft, gilt auch für den Jugendverband, und verpflichtet sich der Bezirk in diesem Sinne zu arbeiten.

2. Die Vorschläge der Exekutive in der Gewerkschaftsfrage finden die einstimmige Billigung der Jugend und fordert die Bezirkskonferenz die Mitgliedschaft an, in den freien Gewerkschaften, sowie in den Betrieben, die Arbeit zu veranlassen. Gleichmäßig fordert sie vom Zentralkomitee, dieser Arbeit die höchste Beachtung zu schenken.

Die Ausland-Jugend-Delegation ist der Anfang zur Bildung der Einheitsfront des arbeitenden Jugend in den Gewerkschaften und stellt der gegenwärtigen Periode den Angelpunkt dar zur Führung einer breiten Kampagne für die Einheit in den Gewerkschaften.

3. Die Bezirkskonferenz billigt die Heranziehung aller Genossen zur Parteiarbeit, auch derer, die bis vor kurzem noch in Opposition zur Zentrale standen. Sie erklärt aber, dass diese Heranziehung nur für diejenigen Elemente in Frage kommt, die ehrlich gewillt sind, im Sinne der Linie der Komintern zu arbeiten. Die Bezirkskonferenz erklärt ausdrücklich, mit aller Kraft gegen diejenigen Elemente zu kämpfen, die in irgendeiner Form den Brief anzuhängen wollen, um die Partei nach rechts zu ziehen.

4. Die Delegierten werden alles daran setzen, dass die Diskussion im Sinne der Komintern geführt wird und beide Organisationen — Partei sowie Jugend — in der inneren Festigkeit gelangen, um die gewaltige Aufgabe, die vor uns steht, zu erfüllen, die Organisation der Revolution. Mit aller Entschiedenheit werden sie jeden Versuch, Partei oder Jugend vom Wege der bolschewistischen Massenpartei abzubringen, entgegenzutreten und die Einheit der kommunistischen Organisationen zu erhalten müssen, allen Widerständen von ultralinken und rechts zum Trotz.

Mit der Komintern werden wir unsere Aufgaben durchführen und unter Ausnutzung aller unserer Kräfte den Weg zur bolschewistischen Massenorganisation, und damit zur Führung des Jugendproletariats beschreiten. Durchführung unserer Aufgaben in den Gewerkschaften, Betrieben und unter der gegenwärtigen Jugend, sind für uns die Konsequenz der jetzigen Diskussion.

Dresden, den 27. September 1925.

Bezirkskonferenz RSD, Dresden.

Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Jugendbezirkskonferenz.

### Das Arbeitsgebiet Leuben geschlossen für den Brief des RSD.

Die AG-Leitung Leuben hatte für das gesamte Arbeitsgebiet am Sonnabend eine außerordentliche Arbeitsgebietstagung einberufen, die nach den Referaten in den einzelnen Ortsgruppen zusammenfassend Stellung nehmen sollte zum Brief des RSD und den nächsten Aufgaben. Diese Tagung war außerordentlich gut besucht. In keinem Referat erläuterte Genosse Goldhammer die durch den Brief aufgeworfenen Fragen und ging dann über zu den grundsätzlichen Aufgaben, deren Durchführung die Situation in Deutschland und im Weltmaßstab von der RPD im Interesse der Erweiterung ihres Zieles, Befreiung des deutschen Proletariats von den Fesseln in- und ausländischer Ausbeutung und Unterdrückung verlangt. Besonders die Frage der Gewerkschaftseinheit und der Reorganisation auf Betriebsebene als beste Garantie gegen opportunistische Abweichungen und die dadurch ermöglichte engere Fühlungnahme mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, wurden ausführlich behandelt. Die Ausführungen des Referenten fanden harten Widerstand in der Diskussion, die deutlich zeigte, wie nützlich der Offene Brief, dieser Art aus heilerem Himmel, für die politische Belebung der Organisation war. Erst nach 11 Uhr wurde die Diskussion, an der sich in erster Linie Genossen aus den Betrieben beteiligten, beendet, in der einmütig die Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten festgestellt werden konnte. In seinem Schlusswort sollte der Referent nochmals die Frage des 1. Weltkongresses der Komintern des Okt. 1923, die historische Rolle der Linken in der Parte, aufzeigen die Fehler, deren Ausmerzung die grundsätzliche Klarung fördern und den beschrittenen Weg zur Bolschewisierung der Partei abhärten müssen. Eine Resolution, von einem Mitglied der Betriebsstelle „Zachlauer“ eingebracht, fand einstimmige Annahme. Diese hat folgenden Wortlaut:

Die am 23. September tagende außerordentliche Arbeitsgebietstagung des AG, Leuben stellt sich nach einem Referat des Genossen Goldhammer mit anschließender gründlicher Diskussion reiflos hinter den Brief des RSD. Die gesamte Mitgliedschaft verpflichtet sich, ihre ganze Kraft einheitslich und intensiver als bisher auf die Gewerkschaftsarbeit zu legen. Die Reorganisation der Partei ist im Interesse einer bolschewistischen Durchführung der Arbeit unbedingt aufs höchste durchzuführen. Die Mitgliedschaft erwartet, dass ihre jetzt verstärkte Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft in Zukunft von der Zentrale und allen leitenden, verantwortlichen Funktionären der Partei und Unterbezirk planmäßig als bisher unterstützt, zusammengeführt und gefördert wird. Wenn alle Genossen und Genossinnen im Belieben hergehen zur Durchführung dieser Arbeit, wird das Ziel, die Eroberung der breiten Massen für den Kommunismus und die Durchführung der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitsschritte in die Klassenfront, nicht mehr fern sein. Wir danken uns für das Gelingen, in internationaler, sozialistischer Einheitsfront unter Führung des RSD, der Kommunisten, der kommunistischen Internationalen, die Sozialdemokraten zu brechen und mit der proletarischen Offensive zu beginnen.

R o m m e n t e r, s e k r e t a r

Berufsstellen!

An die deutschen Bauarbeiter!

Klassengenossen!

## Es ist Mobilmachung!

Schluss mit der Uneinigkeit!  
Schluss mit der Harmoniehelei!  
Schluss mit der Passivität!

Der letzte Bauarbeiter muß organisiert werden!

Die Bauunternehmer bereiten einen neuen Angriff vor. Es genügt ihnen nicht, daß nur ein Teil der Bauarbeiter im Afford schuftet oder Leberstunden schiebt.

Die gesamte Bauarbeiterschaft soll jeden Tag 10, möglichst 12 Stunden arbeiten, und zwar in einem Tempo, wie es heute nur bei den wildesten Affordwühlern üblich ist.

Jeder Bauarbeiter weiß aus eigener Erfahrung, daß, wenn allgemein 10 Stunden pro Tag und im Affordtempo geschuftet wird, letzten Endes auch nicht mehr zu verdienen ist als zuvor. Gerade das wollen die Bauunternehmer erreichen.

Die Bauarbeiter sollen mehr arbeiten und weniger essen.

Die Dawesgelehrte, der Wiederaufbau der kapitalistischen Ausbeuter- und Schieberwirtschaft, lassen keine Lohn-erhöhungen zu, ohne daß der Profit der Kapitalisten geschmälert wird. Alle noch bestehenden wenigen sozialen Rechte der Bauarbeiterschaft sollen deshalb ganz beseitigt werden.

Die vollständige Vereindugung der Arbeiterklasse soll durchgeführt werden.

Regierung, Staat und Kommune, Eisen- und Stahl-tönige, Schloßbarone und Krautjunker, Banken, Haus-beherrscher und die gesamte bürgerliche Presse bilden eine geschlossene Front gegen die Bauarbeiter. Das hat der letzte große Bauarbeiterkampf gezeigt.

Protekt muß Schluss gemacht werden mit der Zerplitterung.

Die ausgeschlossenen Bauarbeiter müssen wieder in den Baugewerksbund aufgenommen werden.

Die Unorganisierten und ehemaligen Mitglieder des BGB., die jetzt unorganisiert sind, müssen wieder hinein in den Bund.

Die Berufsverbände der Steinarbeiter, Tachelder, Maler und Zimmerleute müssen sich dem BGB. anschließen, um ihn zu einem vollständigen Industrieverband zu machen.

Wiederholt hat der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter die Wiederaufnahme beantragt. Ebenso oft hat aber der Bundesvorstand des BGB. sie abgelehnt mit der Begründung, daß die Verbandstagsbeschlüsse, daß die Mitglieder des Baugewerksbundes dem Bundesvorstand die Wiederaufnahme der Ausschlossenen, also die Herstellung der Einheit verbieten.

Ihr Mitglieder des Baugewerksbundes! Die Ausschlossenen fragen euch: Ist es wahr, daß ihr die Wiederaufnahme der Ausschlossenen nicht wollt?

Hat die Bauarbeiterschaft durch die Zerplitterung noch nicht genug verloren?

### Die sächsischen Gemeindebeamten gegen die Lutherpolitik

Auf der vom 18. bis 21. September in Freiberg stattge-fundenen 33. Jahreshauptversammlung des Sächsischen Gemein-debeamtenbundes wurde folgende Entschliessung angenommen:

1. Die Bundeshauptversammlung gibt der Empörung der sächsischen Gemeindebeamten über die entgegen den Ver-sprechungen der Reichsregierung und der Regierungsparteien des Reichstages betätigte Wirtschafts- und Sozialpolitik Ausdruck. Die Reichsregierung steht fast 50 Prozent über dem Friedensstand; sie ist leit der letzten unzulänglichen Verbeile-rung der Kaufkraft der Beamtengehälter um mehr als 20 Pro-zent gestiegen. Das Konsumrealinkommen aller Bevölkerungs-gruppen liegt sowohl im Anfangs- wie im Endgehalt weit unter dem Friedensstand. Trotz Anrechnung der Kostlage der Be-amtenchaft sind alle feierlichen Versprechungen von Regierung und Regierungsparteien demut uneingelöst geblieben. Unge-achtet ausreißender Leberhülle im Reichsstat ist auch eine Wirtschaftsbillie abgelehnt worden. — Selbst von der Ermäch-tigung zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses hat der Reichsfinanzminister trotz wiederholter Reichsregierungen bis heute keinen Gebrauch gemacht. Die Steuer- und Zollge-gebung der letzten Zeit hat eine weitere Belastung der Ver-braucherchaft zur unausbleiblichen Folge, die auch durch die Preisleistungsaktion nicht ausgeglichen werden kann. — Die Bundeshauptversammlung weist auf die unheimlichen Folgen für Staat und Wirtschaft hin, die aus diesem Verhalten unter der Verantwortung der Reichsregierung und des Reichstages erwachsen müssen, und erwartet, daß der einseitig zusammen be-stimmten Wirtschaftspolitik betriebenen Politik ein Ende bereitet wird. Die Bundeshauptversammlung verwahrt sich mit Ent-rüstung gegenüber der von den gleichen Wirtschaftskreisen gegen die Gemeindebeamtenchaft getriebenen unverantwortlichen Po-sige. Von Regierung und Parlament wird gefordert: Schluß gegen die unberechtigten Angriffe und schleunige Besei-tigung der Kostlage der Beamtenchaft.

2. Die Bundeshauptversammlung fordert von der Landes-regierung die schleunige Einbringung eines Abänderungsgeheißes zum Personalabbaugesetz nach dem Vorgehen des Reiches und Verhinderung der weiteren Ausdehnung des geltenden Personal-abbaugesetzes in den Gemeinden durch Erlass einer Reichsord-nung.

Die Bundeshauptversammlung mißbilligt erneut aufs-chärfste, daß das in der Reichsverwaltung zugedehnte Beamten-recht nicht gefördert worden ist, und gibt weiter der Erwartung Ausdruck, daß das Reichsparlament dem von der Reichs-regierung dem Reichsrat vorgelegten Entwurf zu einem Beamten-vertretungsgeheiß eine Fassung gibt, die den berechtigten For-derungen der Beamtenchaft Rechnung trägt.

Die Bundeshauptversammlung verurteilt die erfolgte Verlänge-rung der Geltungsdauer des Besoldungsparagrafen, verwahrt sich gegen alle Versuche, mit Hilfe von Bestimmungen des Finanzausgleichsgeheißes besoldungsparagrafenähnliche Maßnahmen durchzuführen und fordert, daß entsprechend den feierlichen Zu-sicherungen des Reichsfinanzministers eine weitere Verlänge-rung dieses Ausnahmegerheißes endgültig unterbleibt.

Die sächsische Beamtenchaft erhebt ihren Protest einmütig. Sie muß sich aber klar sein, daß die Luther-Regierung den letzten Resttropfen aus den Arbeitern und unteren Beamten heraus-laugen wird, wenn nicht ein Massenwut aller Unterdrückten die Regierung hinweglegen wird. Darum muß auch den Be-amten gesagt werden: nicht „hoffen“ und „warten“, und auch nicht „protestieren“, sondern mitkämpfen mit der Klassen-be-wußten Arbeiterchaft.

Weshalb sorgt ihr nicht dafür, daß durch Wiederauf-nahme der Ausschlossenen der erste Schritt zur Beseiti-gung dieser verhängnisvollen Zerplitterung gemacht wird?

Der Bundesvorstand behauptet auch, daß die Wieder-aufnahme deshalb nicht möglich ist, weil unsere Vorschläge zur Herstellung der Einheit nicht ehrlich ge-meint sind.

Weshalb macht er nicht die Probe auf das Exempel?

Der Bergarbeiterverband hat die Mitglieder der Bergbau-Union reiflos mit allen Rechten aufgenommen. Auch die aus dem BGB. Ausschlossenen.

Der Bundestag des Verkehrsbundes hat be-schlossen, daß der Schiffahrtsbund in die Seelenteilektion des Verkehrsbundes aufgenommen wird.

Der Einheitsverband der Eisenbahner hat mit der Zentralfstelle Berlin des Freien Eisenbahner-verbandes Vereinbarungen getroffen, die eine reiflose Ver-einigung der „Freien Eisenbahner“ mit dem Einheitsver-band gewährleisten.

Überall ist die Herstellung der Einheit ehrlich durch-geführt oder eingeleitet.

Was bei den Bergarbeitern, Eisenbahnern und Seelenten möglich ist, muß auch bei den Bauarbeitern möglich sein.

Aber nicht nur die Vorschläge der Ausschlossenen sind abgelehnt worden, sondern auch dort, wo Mitglieder des Baugewerksbundes Schritte zur Herstellung der Einheit unternommen haben oder unternahmen, sind dieselben durch den Bundesvorstand wieder unterdrückt worden.

In Solingen und in Barmen-Eberfeld haben die Mit-glieder der Baugewerkschaften einstimmig beschlossen, die Ausschlossenen als vollberechtigte Kampfgenoßen in ihre Reihen wieder aufzunehmen. In Barmen hatte darauf der Verband der Ausschlossenen sofort die Beitragsstille-setzung eingeleitet und sogar schon eine große Anzahl Mit-glieder zum Umschreiben abgeleitet. Ein besserer Be-weis dafür, daß die Ausschlossenen ehrlich die Einheit wünschen, ist doch wahrhaftig nicht denkbar. Aber auch dieser Schritt zur Einheit wurde durch den Bundesvorstand zertrümmert. Die Mitgliedsbücher wurden dem Verband der Ausschlossenen wieder zurückgegeben, die Wiederauf-nahme wird verweigert.

Kollegen vom Baugewerksbund! Seid ihr damit einverstanden? — Nein! Ihr könnt nicht damit einverstanden sein, denn die Einheit der Bau-arbeiterbewegung ist die Voraussetzung zum Sieg der Bauarbeiter.

### Es ist Mobilmachung!

Berlin, September 1925.

Im Auftrage des BGB.: Otto Bachmann.

### Kann Luther die Preise abbauen?

Der erste Oktober, der Tag des großen „Preisabbaues“, rückt nahez; noch ist nicht viel davon zu merken. Herr Luther muß sich beeilen, wenn er kein Versprechen einlösen will.

Ob er es tut, ob er es kann?

Viele Arbeiter haben die einfache Vorstellung, daß ein Preisabbau durch die Lutherregierung überhaupt nicht möglich ist und niemals durchgeführt wird. Das ist nicht ganz richtig.

Luther kann die Preise abbauen, und es ist möglich, daß er sogar einen Abbau beginnt. Um das genau zu verstehen, muß man sich klar sein über den Sinn dieser Aktion, die Luther Anfang August ankündigte.

Daß die Repräsentanten des finanzkapitalistisch-großagra-rischen Meets, die Lutherregierung, nicht etwa die Profite der Kapitalisten schmälern wird, erscheint jedem klar. Wenn Luther eine Aktion gegen hohe Preise unternimmt, dann nur, um den Preis einer ganz bestimmten Ware, der Arbeitskraft, abzubauen, das heißt, daß die Löhne gesenkt werden sollen!

Das ist ja auch der ganze Zweck der Werbung. Die Luther-regierung läßt durch eine von ihr inspierte Kartellkommission er-klären, daß keine neuen Lohnbewegungen erfolgen dürfen, weil die Preisabbaualaktion dadurch gestört würde. Schon können die Unternehmerorganisationen darauf ein und wiederholen die Parole in jeder Erklärung, Entschuldigend, auf jeder Tagung, Sitzung, in jedem Kongress. Ja, manche Gewerkschaftsleiter stellen aus diesem Grund sogar Lohnforderungen zurück.

Man muß sich klar werden, daß die Preis-lenkung der Ware Arbeitskraft, nämlich die Herabsetzung der Löhne, nicht sofort erfolgen wird. Wenn die Schlichter heute schon Schlichtsprüche mit verminderten Löhnen fällen, würden die Arbeiter aufmerk-sam, rebellisch werden. Luther wird also erst einige „Erfolge“ aufzuweisen müssen, ehe er seinen Feldzug gegen die Arbeiterklasse eröffnet.

Er wird es dann machen wie Müller und Schulze oder Levi und Coßak, die beim großen Salon-Aussverkauf einige minderwertige, minder wichtige Waren im Preis herabließen, um nachher bei lebensnotwendigen Artikeln die Leute um so mehr übers Ohr zu bauen. Luther kann also zum Beispiel die Umhüllsteuer herabsetzen, den Kohlenpreis um 20 Pf. pro Tonne senken lassen und ähnliche wenig schädliche Mittel anwenden, um nachher mit Hilfe von Statistiken und einem guten Index den Arbeitern klarzumachen, daß auch sie sich überwindlich nicht zu hohe Löhne verlangen können.

Die Arbeiterchaft wird aufpassen müssen, daß dieses Man-o-ver nicht gelingt!

Brand-Erbisdorf. (Aus dem Gemeindep arlament.) In unserer Gemeinde soll am 1. Oktober die unentgeltliche tommunale Totenbestattung eingeführt werden. Dem Gemeindep arlament lag nun ein Entwurf eines Ortsgesetzes hierzu zur Be-schlußfassung vor. Dieser enthält eine Anzahl sehr niedriger Be-stimmungen. Ein Anrecht auf unentgeltliche Bestattung sollten nach § 4 nur Reichsdeutsche haben. Auf Antrag der RPD-Fraktion wurde beschlossen: Wobländer kommen nach 1 Jahr Hauspflicht in den Genuß der unentgeltlichen Totenbestattung. Die RPD hatte eine Forderung von 3 Jahren beantragt. — Weiter lag ein Gesuch der Arbeiter des Wasserleitungsabones (der in eigener Regie ausgeführt wird) vor, in welchem die Arbeiter Be-zahlung nach Tiefbauarbeiter-tarif forderten. Die Bürgerlichen beantragten, die Arbeiten an Wasserunternehmer zu vergeben, dann würden die Arbeiter nach dem Tiefbau-tarif bezahlt, andern-falls würde die Stadt kontoständig. Dieses Gesuch wurde von unseren Genossen widerlegt und beschlossen, die Arbeiter in eigen-er Regie weiter auszuführen und den Arbeitern sofort den Tief-bau-tarif zu zahlen. Bisher erhielten sie Bezahlung nach Ge-meindep arbeiter-tarif, welcher niedrige Lohnsätze vorstellt.



# Um die Linie der Komintern Nieder mit dem kleinbürgerlichen antibolschewistischen Geist!

## 4. Die Rolle der deutschen Linken

Die Genossen Kolberg und Schölem berufen sich vor allem auf die Vergangenheit der deutschen Linken. Sie erwähnen, vollkommen richtig, daß diese Linke den Kern der Partei bildete, daß sie den Widerstand gegen Lenin und Brandler organisierte usw. Diese Tatsachen kann niemand bestreiten. Auch der Brief der Exekutive sagt ausdrücklich: „Nicht die deutsche Linke ist bankrott, sondern einige ihrer Führer. Die deutsche Linke mit allen ihren Fehlern in der Vergangenheit und in der Gegenwart war nicht bloß eine Gruppe von einzelnen Personen. Sie hatte eine große historische Rolle zu erfüllen. Sie zog die Lehre aus dem deutschen Oktober 1923, sie schlug den Brandlerismus, sie einigte die zerfallene Partei im Moment ihrer schwersten Krise.“

Die Plattform der Ultralinken sagt ganz etwas anderes: Sie zählt nicht nur die Verdienste der alten Linken auf, die von niemandem bestritten werden, sondern sie sagt zugleich: „Die deutsche Linke war der bolschewistische Kern der Partei.“ Das ist eine große Verfälschung der Partei und der Linken selbst. So richtig es ist, daß die alte Linke, die Linke von Berlin, Hamburg und dem Ruhrgebiet, der proletarische, revolutionäre Kern der Partei war, so falsch und überheblich ist die Behauptung, sie wäre bereits ein bolschewistischer Kern gewesen. War die Maslowische Disziplintheorie nur dem dritten Weltkongress bolschewistisch? War die Opposition der Linken gegen Lenin bolschewistisch? War es bolschewistisch, als die Berliner Zeitungsleitung nach dem Jenaer Parteitag unter Führung Friedlands die Einbindung der Exekutive ablehnte? War der Frankfurter Parteitag, auf dem allerdings der Brandlerismus geschlagen und die Partei geeinigt wurde, bereits ein bolschewistischer Parteitag? Hätte er sonst in der Gewerkschaftsfrage jene verwerflichen Konzessionen an die Ultralinken machen können, deren Konsequenzen unsere Partei noch heute mit ihrem Fleisch und Blut bezahlen muß?

Gerade die linken Linien müßten ihre Rolle dadurch zeigen, daß sie zugeben: Die alte deutsche Linke war ein revolutionärer Kern, aber sie war weit davon entfernt, bereits eine bolschewistische Gruppe zu sein.

Die Darstellung der Genossen Kolberg und Schölem über die Geschichte der deutschen Linken ist ganz wie die üblichen Darstellungen Maslows, eine Verdrehung der historischen Wahrheit. Kolberg und Schölem sprechen ausschließlich von den Vorzügen, von den Leistungen der Linken. Sie sprechen mit keiner Silbe von ihren Fehlern. Der Brief der Exekutive unterscheidet sich gerade darin von ihrer Darstellung, daß er von „der Linken mit allen ihren Fehlern in der Vergangenheit und in der Gegenwart“ spricht. Darüber schweigt die Erklärung der Ultralinken. Diese Genossen lehnen den Brief der Exekutive mit der Begründung ab:

„Der Brief des Offi bestreitet nachträglich die historische Berechtigung des Kampfes der Linken innerhalb der kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 1. Weltkongress.“

Diese Behauptung ist unanfechtbar. Die Exekutive und die Partei bestreiten keinen Augenblick — weder vorher, noch nachträglich — die historische Berechtigung und den historischen Wert des Kampfes der deutschen Linken gegen Lenin, Friedland, Brandler und alle Opportunisten. Aber wir bestreiten und verneinen absolut die historische Berechtigung des Kampfes der Linken gegen den 3. Weltkongress, gegen Lenins Einheitsfronttaktik und gegen die heutige Linie der Komintern. Wer diese Selbstkritik nicht übt, ist unwürdig, ein Linker zu sein, und noch unwürdiger, ein Bolschewist zu sein.

Als letzten Grund für die Ablehnung des Briefes schreiben Kolberg und Schölem:

„Der Brief bezeichnet die Linke innerhalb der KPD, als ultralinke, antibolschewistisch und antisowjetistisch.“

Auch dieses Argument ist vollkommen unanfechtbar. Die Linke selbst hat bereits lange vor dem Brief der Exekutive den Kampf gegen die ultralinken Abweichungen mit solcher Energie aufgenommen, daß sogar Maslow und Ruth Hilfer gezwungen waren, sich eine Zeitlang von Schölem zu trennen. Der einzige Vorwurf, den die Linke sich machen kann, ist der, daß sie den Druck nicht früher und stärker vollzogen hat.

Als antisowjetisch, antibolschewistisch und ultralinke wird nicht „die Linke“, sondern die engeren Führergruppen Maslow-Ruth Hilfer und Schölem-Kolberg bezeichnet. Wer diese Gruppen aber mit „der Linken“ identifiziert, begeht den gleichen Fehler, wie Genosse Ernst Meyer auf der letzten Reichskonferenz. „Die Linke“ — das ist nicht Maslow, Ruth Hilfer, Kolberg, Schölem und Ruth. „Die Linke“ — das ist Berlin, Hamburg, das Ruhrgebiet, Tausende von revolutionären Arbeitern, die den Kern der Partei bilden. Diese Tausende von revolutionären Arbeitern haben bereits zu den Schlüsselrollen der Exekutive Stellung genommen. Sie haben für den Leninismus und gegen den Bloß Maslow-Schölem gestimmt. Sie haben bewiesen, daß sie nicht antibolschewistisch sind, indem sie den Standpunkt Maslows ablehnten. Sie haben bewiesen, daß sie nicht antisowjetisch sind, indem sie den Standpunkt Schölems ablehnten. Und sie werden beweisen, daß sie nicht Ultralinke, sondern Bolschewisten sind, indem sie die kleinbürgerliche, antibolschewistische Ideologie dieser Gruppen in Stücke schlagen.

## 5. Die Linke ist kein Stammtisch!

Das Schlimmste an der Erklärung der beiden Genossen ist der müßige Hauch des Spießbürgerstums, der Geist des Stammtisches, der durch jede Zeile ihrer Plattform weht. Die Diskussion dreht sich um zwei große Probleme von gewaltiger Tragweite: Um das Verhältnis unserer Partei zur Komintern und um den Weg zur Eroberung neuer Massen. Von bloßen Nebenbei dieser Probleme frägt man in dieser Plattform nicht das Mindeste. Sie zeigt der Partei keine neuen Aufgaben. Sie geht mit ein paar formalen, nichtsagenden Sätzen über diese Probleme hinweg.

Aber sie beschäftigt sich leitenlang mit Nebenfragen. Was Tropen heißer Art? Wir wollen auch hier offen sprechen: mit Vorbehalt. Schölem und Kolberg signalisieren uns, der Partei des revolutionären Proletariats, den zweihunderttausend deutschen Kommunisten, dem Zentralkomitee der KPD, und dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, daß sie für die Befreiung der Welt kämpfen. Was für Gefahren? Vielleicht die Gefahr, daß wir uns von den Massen trennen? Vielleicht die Gefahr, daß unter Vorbringen in den Gewerkschaften gehindert wird? Vielleicht die Gefahr, daß wir mit der Weltpartei des Leninismus in Konflikt geraten? O nein! So weit reicht der Horizont dieser Gruppe nicht. Sie sieht schreckliche Gefahren.

Ihre „linken bolschewistischen Grundzüge“ verpflichten sie, beabsichtigte Dinge zu „signalisieren“. Was in aller Welt ist, in dieser konkreten Situation, die größte Gefahr für den Kommunismus? Kolberg und Schölem antworten:

„Schon fordert man die Rückkehr der ausgeschlossenen Fraktionsmänner in führende Parteilisten (7). Schon schiden sich die durch das Mißtrauen der Mitgliedschaft von ihren Posten (!!!) entfernten Offiziere der Brandlerzentrale an, die alten Posten (!!!) wieder einzunehmen... Der im Kern rechte Apparat (!!!) und Sekretär-Apparat (!!!) der Partei jubelt über die Vereinfachung der linken Führung.“

Also die Komintern und wir alle sind das Opfer einer solchen Fragestellung geworden. Wir dachten bis heute, die Parteidiskussion ginge um die Fragen der demokratischen Theorie, um den neuen Kurs unserer Gewerkschaftsarbeit, um die Forderung unseres Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Arbeitern, um die Einschätzung der neuen politischen Situation in Deutschland und Welt. Die Diskussion geht um die Neuabgrenzung, Klärung, Eroberung und Verteidigung der Massen. Im Mittelpunkt steht weder die deutsche Arbeiterfrage, noch die kommunistische Internationale. Im Mittelpunkt der „im Kern rechten Angelegenheiten und Sekretärapparat der Partei“ und weil wir, kraft unserer „linken bolschewistischen Grundzüge“ gewohnt sind, „schon unterem Weilen nach“, die wirklich brennenden Lebensfragen des Proletariats in den Vordergrund zu stellen und uns durch sein Ablenkungsmanöver irreführen zu lassen, darum sagen wir: „Die praktischen Aufgaben der Partei und die Analyse der gegenwärtigen Situation sind im Briefe des Offi zwar durchaus zutreffend dargelegt“, aber dies — nämlich die praktischen Aufgaben und die Analyse der gegenwärtigen Situation — sind nur verrückte brandlerische Manöver der Komintern, um uns von dem eigentlichen Inhalt der Debatte abzulenken: nämlich vom „rechten Apparat“. Aus diesem Grunde rufen wir alle alten Linken „in allen Bezirken“ auf, sich nicht etwa durch die praktischen Aufgaben der Partei der gegenwärtigen Situation ablenken zu lassen, sondern den Standpunkt der Exekutive entschieden abzulehnen. Wörtliche Schlussfolgerung: „Wir lehnen den Offenen Brief des Offi ab.“

Diesen Standpunkt ironisch zu behandeln, ist noch das Mildere, was man gegenüber den Genossen Kolberg und Schölem tun kann. Oder wäre unsere Partei schon eine bolschewistische, dann würde sie dieser Gruppe keine Stunde länger erlauben, mit solchen „Plattformen“ vor die Arbeiterschaft zu treten.

Wir lehnen es ab, an dieser Stelle auf die Frage der Führer und des Angelegtenapparates einzugehen. Wir diskutieren darüber nicht im Angesicht der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Darüber mögen die Organisationen unserer Partei entscheiden.

Worauf es ankommt, das ist die Erkenntnis aller, in erster Linie der Linken und nicht zuletzt auch der ultralinken Arbeiter unserer Partei: Dieser Geist des Stammtisches muß aus unserer Partei ausgebrannt und ausgerottet werden. Wer die deutsche Linke von einem solchen Standpunkt aus betrachtet, verteidigt nicht, sondern schändet ihre Tradition. Die deutsche Linke war kein Regelfuß und kein Kriegerkorps, sondern sie war die politische Richtung der revolutionären Arbeiter Deutschlands, von denen nicht wenige auf den Partrifaden Hamburgs und des Ruhrgebietes ihr Leben hingeben haben — nicht um den Angestelltenapparat vor Brandleristen zu schützen, sondern um für die Diktatur des Proletariats und für die Komintern zu kämpfen.

Das soll eine „Berliner“ Plattform sein? Es ist der Gehaltstreis von Honoratioren einer hinterkommunistischen Kleinpartei. Diese Plattform ist so klein, daß höchstens die Genossen Kolberg, Schölem und ein Duzend ihrer engsten Anhänger darauf Platz haben.

## 6. Der antibolschewistische Bloß

Die Ueberschrift der Kolberg-Schölem'schen Erklärung lautet nicht:

„Für die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse.“

Sie lautet auch nicht:

„Für die Einheit unserer Partei.“

Sondern sie lautet:

„Für die Einheit der deutschen Linken.“

Diese Lösung hat im gegenwärtigen Augenblick im Zusammenhang mit dieser Erklärung einen ganz klaren politischen Sinn: Zusammenstoß der ultralinken Führergruppe mit der Maslow-Ruth-Hilfer-Gruppe zum gemeinsamen Kampf für die „linken bolschewistischen Grundzüge“, gegen den „brandleristischen Kurs der Komintern“. Man kann unserer Partei vieles zumuten, aber man darf sie nicht für naive halten. Sie hat genügend viele und genügend schwere Fraktionskämpfe durchgemacht, um den Sinn dieses Appells, trotz seiner Verhüllung, genau zu erkennen. Von der hebe gegen den „roten Imperialismus“ bis zur bewussten Unwahrheit von der „Rechtsabweichung“ der Komintern, von der Ablehnung des 2. K. B. Briefes bis zum Angriff auf den „Sekretärapparat“, von den „linken bolschewistischen Grundzügen“ bis zum Mißtrauensvotum gegen das Zentralkomitee, das nicht imstande sein wird, den erneuten Anbruch der Brandleristen abzuwehren“, durch alle Stadien dieses impotenten Gebäudes zieht sich eine gemeinsame Linie: die Linke des antibolschewistischen Bloßes von Ruth bis zu Maslow im Kampfe gegen den neuen Kurs der Partei. Bei jedem Schritt, den wir tun werden, wird diese Gruppe ausstufen: „Die Brandleristen belegen die Posten auf neue! Linke aller Gruppen, vereint euch!“ Diese Gruppe wird es sogar als Brandlerismus, als Koalitionspolitik und als Liquidatorium bezeichnen, wenn wir den Sozialdemokraten anbieten, bei irgendeiner Gemeindevahl die Kommunisten zu verteidigen. Sie wird sich hierin auch dadurch nicht lären lassen, daß unter keiner Parteiung in keinen Richtlinien zur Kommunistenpolitik diese Möglichkeit ausdrücklich festgelegt. Dieser Bloß wird bei jedem Schritt vorwärts, bei jedem Schritt zu den Weisen, bei jedem Schritt in die Vertriebe Warm rufen. Sie wird Tag und Nacht erklären: „Vorwärts! Brandlerismus!“

Aber die Partei ist nicht so untauglich, wie diese Gruppe glaubt. Die Partei hat in sieben Revolutionen einiges gelernt. U. a. hat sie gelernt, daß die Exekutive nicht aus Schrittmachern des Brandlerismus besteht. U. a. hat sie aus vielen bitteren Enttäuschungen gelernt, daß linke Thesen weder für die KPD, noch für andere eine Garantie gegen eine sozialdemokratische Politik waren. Der Horizont der Partei ist um einige tausend Kilometer größer als der Gesichtskreis des Stammtisches, und darum wird die Partei den schärfsten, bewußtesten, richtigsten

letzten Kampf gegen die ultralinke Plattform aufnehmen. Die entscheidenden Fragen dieses Kampfes lauten:

Für die Komintern — oder gegen die Komintern? Bolschewistische Massenpolitik — oder ultralinke kleinbürgerliche Stammtischpolitik?

## 7. Moskau marschiert — Die Antimoskauer bleiben auf der Straße

Die Genossen Kolberg, Schölem, Ruth usw. berufen sich, daß der russische Bolschewismus 27 Jahre alt ist, daß er im Laufe des Kampfes gegen zwei imperialistische Kriege und in der zweiten Revolutionen geschmiebt und gefestigt wurde. Der „linkere Bolschewismus“ der Kolberg und Genossen heißt dagegen nur eine mittlere Lebensdauer von 1½ bis höchstens 4 Jahren. „Seinem inneren Wesen nach“ gehörte dieser „linkere“ noch bis zum Herbst 1920 in die Portrattmalerei der Geistes- und Genossen, und daß er keine Vergangenheit bis zum heutigen Tage noch nicht abgetreift hat, haben wir in den vorstehenden Kapiteln zur Genüge bewiesen. Seine Kindheit waren alle die Kinderkrankheiten des Kapitalismus, wie sie Lenin so treffend gezeichnet hat, und sein „reifes Alter“, d. h. der reifste bolschewistische Kern in der KPD, sind alle Altersschwächen der Fraktionärpolitik, um die Verteidigung der Wütchen und Würden und weiter.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung aber magt nicht halt vor dem Sequale aus dem Frostreich. So entsteht die eigenartige Situation, in der sich heute die KPD befindet. In der ganzen Welt schreitet die Politik Moskaus mit Riesenschritten vorwärts. In Asien, in Kleinasien, in Afrika, überall, wo die getriebenen Kolonialkriege unter der erhöhten Ausbeutung der imperialistischen Räuber gegen die millionenfachen Drückrebellien, orientieren sich diese Völker an dem lebendigen Beispiel der betrieuen Arbeiter- und Bauernmacht Sowjetrußlands, die heute als Weltmacht allein durch ihre Existenz den Bestand des kapitalistischen Ausbeutungssystems bedroht. Das 300-Millionenvolk Chinas, die unterdrückten Millionen Indiens, die Millionen nomadischer Völker Kleinasiens, Nordafrikas, alle begeistern sich, sammeln Kampfesmut und Siegeshoffnung aus dem Erfolg und der Tapferkeit der russischen Millionenmassen, die ein Drittel dieser Erde als freies Land dem kapitalistischen Räuberpad abgetrotzt haben. Selbst die konservativen englischen Gewerkschaften geraten immer mehr unter den Einfluß der Politik Moskaus, nehmen den Kampf gegen die eigenen Imperialisten, dessen treueste Stützen sie bisher waren, mit Entschiedenheit und Erfolg auf, holen ihre ganze Kraft mit großer Begeisterung aus dem unerlöschlichen Sammelbecken des revolutionären Klassenkampfes, wie er ihnen am Beispiel Rußlands vor Augen steht.

Es das eine besonders englische Erscheinung, etwa gar eine „englische Krankheit“? Nein, vor unser aller Augen spielen sich dieselben Tatsachen in Deutschland ab. Das Schlimmste ist nur, daß die sogenannten „Politiker“ des „rechten Kerns“, die die bolschewistische Politik mit Beifall bezeugt haben, nicht sehen, was sich in der deutschen Arbeiterklasse abspielt. Die Kette der paar Duzend sozialdemokratischer Arbeiter nach Sowjetrußland und ihre heutige Berichterstattung, die im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse zur Orientierung des revolutionären Klassenbewußtseins hundertmal schwerer wiegt als Tausende Berichte, Zeitungsartikel und Propagandamaterial, das die kommunistische Partei imstande ist, zu liefern. Die Tatsachen, daß in den so verheerenden sozialdemokratischen Arbeiter, die durch die Atmosphäre der antibolschewistischen Verleumdungen und Trotzkisten ihren Führer, die seit Jahren auf sie einwirkten, heute die Schieber zerreiben, die um sie gewoben wurden, die Tatsache, daß unter dem Druck der Arbeitermitglieder die sozialdemokratische Zeitung in Dresden vor der Gesamtmittgliederschaft den Bericht der Sowjetdelegierten erlassen lassen muß, die Tatsache, daß in München das hartnäckteste antibolschewistische Heftblatt, „Die Münchner Volk“, einen öffentlichen und offiziellen Bericht der Rußlanddelegierten ohne Erlaubnis des Kritik aufnehmen muß, die Tatsache, daß die antibolschewistischen Heftorgane der Sozialdemokratie glauben, mit dem Mäandern der Abfertigung der Rußlanddelegierten aus dem sozialdemokratischen Lager um eine Stellungnahme sich brüden zu können, und heute gezwungen sind, Seite um Seite diesem Geschehen zu widmen, die Tatsache, daß im DDFU in Berlin die Forderung nach einer Rußland-Delegation nicht mehr mit einer Handbewegung, wie früher, abgetan werden kann, all diese Tatsachen beweisen, daß in der deutschen Arbeiterklasse Moskau gewaltig auf dem Vormarsch ist.

Wir haben es also hier nicht mit einer englischen, nicht mit einer deutschen Erscheinung zu tun, sondern wir haben es mit der Tatsache zu tun: daß alle unterdrückten Nationen und unterdrückten Klassen dieser Erde in zunehmendem Maße und unumkehrbarer Kraft sich nach Moskau orientieren und den einzigen Weg ihrer nationalen und sozialen Befreiung erkennen.

Das ist das große Geheimnis, das ist die weltgeschichtliche Wendung, in der wir uns heute befinden.

Man werfe nun einen Blick in die bürgerliche Presse, in die Freie des Schwermetalls, der Finanzaristokratie und der Bank- und Börsenjobber. Nehmt heute das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, die „Germania“, kurzum, jede Zeitung, die ihr weiß, da müßte ihr angsterfüllt spaltenlange Artikel finden über den Erfolg der Politik Moskaus in allen Ländern, auf allen Gebieten, wähnt ihr nicht. Die Bourgeoisie sieht mit schloffernden Ruten viele tapferen Erfolge und erkennt die Gefahren, die ihr gerade von dieser Seite drohen.

Moskau aber London? Das ist heute in der gesamten Weltpolitik die Frage. Sie das rote Moskau, was das ist alle Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Erde sammeln, dort das weiße London, das London der Imperialisten, das London des Völkerverbundes, das London der demagogischen Weltanschauung, das sind die beiden Mächte, die einander gegenüberstehen.

Und was will die Komintern? Die Komintern will nichts anderes, als das, daß die nach der russischen Partei bedenkliche kommunistische Partei, die KPD, die mitten im feindlichen Lager steht, dieses große weltgeschichtliche Ereignis der Umgruppierung der revolutionären Kräfte erkennt und Maßnahmen ergreift, wirklich die Avantgarde in diesem Entwicklungsgang zu werden. Die Kräfte, die in Deutschland für die Revolutionierung harnischen, muß die KPD, jamaica, ja daß die Kom-



mussten nicht am Schwanz dieser Entwicklung, sondern an der Spitze marschieren.

Was aber sagt uns der „reife bolschewistische Kern in der KPD“? Er sagt uns, die Komintern will nichts anderes als „Eroberung der Welt durch die Brandierler“ und führt den Angriff aus, den Komintern „an alle Völker in Stadt und Land“. Die revolutionäre Arbeiterbewegung geht neue Wege, heißt neue Aufgaben. Aber der „reife bolschewistische Kern“ schreit und jammert: „Seht, Brandierler kommt, seht auf der Haut! Neue ungeheuerliche Missionen marschieren dem Kommunismus entgegen. Der „reife Kern“ aber schreit: „Seht Obacht, das sind alles Brandierler“. Zum ersten Male, seit heute, leben wir die Aufgabe zu einem wirklich revolutionären Kampf in der deutschen Sozialdemokratie. Das ist nicht die verträglichere anti-bolschewistische Linie des Parteiparlaments der Minister, Heßlich und Lipinski, die Wapolenen Rosenfeld und Paul, das ist eine Stufe von Arbeitern aus den Betrieben. Freiberger, Bennenwig und Genossen verkörpern in Deutschland den Typus der zum revolutionären Bewußtsein kommenden Sozialdemokraten, genau so wie in England die Coak, Purcell Bromley den Typus der zum revolutionären Klassenkampf strebenden englischen Arbeiterklasse darstellen oder wie bei den unterdrückten Millionen Chinas die Kämpfer Sunjatsens in der Kantone Regierung das gleiche Reiten in dieser welthistorischen Wendung verkörpern. All das steht unser „reife Kern“ nicht. Kenglich hat er in die Vergangenheit und schreit: „Seht auf vor den Brandierlern!“

Wo findet man in der Plattform von Scholem und Kolenberg auch nur den geringsten Anflug an diesen neuen welthistorischen Gedanken? Kein Wort, kein Gedanke davon! Mit einer Stupidität ohne Gleichen, mit einer Ignoranz wie sie bisher kaum gelaublich erschien, geben die Kolenberg und Scholem an diesen Tatsachen vorüber. All das, was um sie vorgeht, geht sie nichts an. Und soweit sie auch nur Mutig davon nehmen, ge-

ht es eben mit der gleichen Ignoranz von Stupidität, wie wir sie schon aufgedeckt haben. Lesen wir in ihrer Plattform nur folgendes:

„Gelingt es den Rechten, sich der Partei zu bemächtigen, so werden sie die Lösung „Bildung eines linken Flügels der Arbeiterklasse“ dazu ausnützen, um die Rolle der Kommunistischen Partei zu verwischen und durch Bündnispolitik mit der sozialdemokratischen Führerschaft die KPD zum Anhängel der SPD zu machen.“

Auch dieser Satz charakterisiert aufs schlagendste seine Verfasser. Kein praktischer Vorschlag, kein Mut für die große politische Aufgabe der Partei, aber der herotopische bläuliche Hinweis: „Die neue Taktik bringt die Gefahren rechter Abweichungen mit sich.“ Wer bestreitet das? Wer braucht berufsmäßige „Wahrer“, um das zu sehen?

Wer zur heutigen Situation nicht Wichtigeres, nichts Praktischeres zu sagen hat, der hat nichts von der heutigen Situation und ihren Problemen begriffen.

Man fordert von der ultralinken Gruppe, die sich nennt, die Partei zu führen, ein praktisches Programm, und diese Gruppe antwortet: „Vorwärts! Brandierler!“

Diese Genossen hören nicht den neuen künftigen Rhythmus, der durch die Arbeiterklasse der ganzen Welt zieht. In ihre Ohren dringt nur die dünne, langgezogene, bis zum Ueberdruß eindringende Pfeife der Kapitaljammertimmung vom Aldermittwoch-Morgen. Diese Pfeife kennt nur einen einzigen Text: „Alle Völker“, „Brandierler“. Dieser „reife Kern“ lebt nur in der Vergangenheit, für die Vergangenheit und will zurück zur Vergangenheit.

Diese Vorkämpfer mit den alten Galtenbauern werden niemals begreifen, daß wir eine einheitliche bolschewistische Kampfpartei werden müssen, die endlich mit den fraktionellen Reminiszzenzen der Vergangenheit Schluss zu machen hat, die einen

sehen Kurs einschlägt, geht auf die linken Traditionen und Erfahrungen der alten Linien, geleitet vom Leninismus, getragen von allen Kommunisten, die auf der Linie der Partei und der Komintern stehen, auch wenn sie Fehler begangen haben, aber diese Fehler offen und ehrlich korrigieren.

Diese Vorkämpfer werden niemals begreifen, daß ein Unterschied zwischen den konterrevolutionären Führern der Sozialdemokratie und den Hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern besteht, die keine Katastrophen der Bourgeoisie haben, sondern unsere Klassenkämpfer, die künftigen Kämpfer der proletarischen Einheitsfront, der Haupttruppe der kommenden proletarischen Revolution.

Dieses völlige Unverständnis für die praktischen Aufgaben der Partei ist das Beschämendste an dieser Plattform. Die Mitgliedschaft der KPD, aber wird geschlossen vorwärtsgehen und kein Moment zögern, die Gerüche der Japspeigen zu überhören. Die Mitgliedschaft wird begreifen, daß die beiden Hauptfragen unserer Diskussion 1. das Verhältnis zur Komintern und das Verhältnis zu Moskau und 2. das Verhältnis zu den breiten erwachenden Massen in engstem Zusammenhang steht, daß sie eine innere geschlossene Einheit bildet. Die Zeit hat begonnen, wo es nicht nur für uns, für die Partei Moskau, für die revolutionäre Weltpartei heißt: „Heran an die Massen!“ sondern wo die Masse des Proletariats selbst die Bewegung anführen wird: „Heran an Moskau!“ Diese beiden Prozesse bilden die gemeinsame Grundlage der proletarischen Revolution. Und um diese geht es, um nichts anderes. Und wer das nicht begriffen hat und nicht begreifen will, der muß lernen!

Moskau marschiert! Moskau marschiert unbarmherzig und germalmt alles mit seinem ehernen Millionenfuß, was da wagt, sich diesem Vormarsch entgegenzustellen, sei es außerhalb oder innerhalb der Partei!

Deine Pflicht ist:

Mögl. den Versammlungsleiter genau zu beachten, mögl. keine Veranlassung zu vermeiden und stets pünktlich zu erscheinen! (Alle Mitglieder werden nur einmal benachrichtigt und müssen die Mitteilung 15 Uhr am Tage vor dem Erscheinen in der Redaktion abgeben sein.)

KPD-Versammlungskalender

- UB. Dresden
Geschäftsstelle der Gemeindebetriebe. Mittwoch den 30. Sept., abends 7.30 Uhr im Restaurant Kaiser, Am See, Leitung: ...
UB. a. Zur Zusammenfassung der Kriegs- und Kapitalopfer findet am Donnerstag, den 1. Oktober in „Stadt Braunschweig“, Jakobstraße, abends 7.30 Uhr eine Besprechung statt.
Stadtgebiet Zentrum. Mittwoch, abends 7.30 Uhr, Sitzung bei Hahnpöcher, Kaulschstraße 4.
Jugendgruppe 5 und 6 Cottin. Mittwoch, 30. Sept., wichtige Funktionärssitzung abends 8 Uhr im Forsthol, Klopffeldstr.
UB. Dresden-GW. Donnerstag den 1. Oktober außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht!
UB. Steisen. Mittwoch, den 30. September, Gruppenabend im Lokal „Stalwartshof“, Ecke Wittenberger Straße, Anfang 8 Uhr.
Arbeitsgebiet Dresden. Mittwoch den 30. Sept., abends 7 Uhr im Gasthof Reuben wichtige Funktionärssitzung. Alle Funktionäre und Jugendgruppenleiter müssen erscheinen.
Mitten, Radio, Jung-Spartakus-Bund. Alle Pioniere, sowie Arbeiterkinder müssen bestimmt Mittwoch, den 30. September, nachmittags 5 Uhr im „Kantelshöfen“ anwesend sein. 1. Es muß ein Delegierter zum Reichsfest in Halle gewählt werden; 2. unsere Beteiligung am Jung-Spartakus-Tag am 11. Oktober in Halle. Gäste sind willkommen.
KPD, Ortsgruppe Groß-Pirn. Freitag, 2. Okt., abends 7.30 Uhr im Volkshaus Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.
Jung-Spartakus Pirna. Mitgliederversammlung nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, 1. Okt., von 5-7 Uhr.
Ortsgruppe Heidenau. Donnerstag, den 1. Oktober, abends 7.30 Uhr im „Kale Schwabe“ Gruppenversammlung. Tagesordnung: Brief der Exekutiv an die deutsche Partei.

UB. Freiberg
Ortsgruppe Freiberg. Genossen, die noch Literatur in ihrem Besitz haben, welche weder verkauft, noch bezahlt ist, haben bis spätestens 15. Oktober 1925 abzugeben oder die nicht verkauften Broschüren zurückzugeben.
UB. Bautzen
UB. Bautzen. Dienstag, 29. Sept., abends 7.30 Uhr im Bürgergarten Bericht von Sowjetrußland. Koll. Wehner. Der Rentenfiskus fällt aus.

Heute im Körnergarten
Beginn 1/8 Uhr
politischer Informationsabend
Alle Funktionäre haben zu erscheinen!

Roter Frontkämpferbund
KPD, Gauleitung. Mittwoch den 30. September, abends 7 Uhr Sitzung der erweiterten Gauleitung. Tagesordnung: „Gautag Ende Oktober.“
Freital und Umgebung
Jugendkern Freital. Mittwoch, 30. Sept., abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Gebauer.
Bischofswerda und Umgebung
KPD, Bautzen. Donnerstag den 1. Oktober öffentliche Werbeversammlung. Thema: „Schlicht die rote Front!“ Beginn 7.30 Uhr im Erdgericht Oberpuffau.

KPD, Schöna. Freitag den 2. Oktober, 7.30 Uhr abends im Erdgericht Schöna öffentliche Werbeversammlung. Thema: „Was will der KPD?“
UB. a. Ortsgruppe Heidenau. Jeden Donnerstag 8 Uhr Sitzung.

Arbeiter Sport

Naturfreunde Dresden. 29. September Verwaltungssitzung 7.30 Uhr Geschäftsstelle. Jugendabteilung: Botelung „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. - 1. Oktober Mitgliederversammlung 8 Uhr Volkshaus. - 2. Oktober Phoklektion. Anfertigung von Diapositiven. - Winterpostetten. Jahresversammlung 8 Uhr Volkshaus. - 3. Oktober Mi- und Friedrichshof. Touristenfranzosen im „Alten Tschauer“, Riebergordisch. - Briesnitz-Lösche. 2. Oktober Verwaltungssitzung im „Bismard“. - Schönberg. Abendswanderung. Treffen 8 Uhr Linden. - Schmiedeberg. 1. Oktober Verwaltungssitzung 7.30 Uhr Hütte.
Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Pirna. Freitag den 2. Oktober Monatsversammlung (nur Mitglieder), 8 Uhr, Vereinsheim Waldpart. Jugendabteilung: Jeden Mittwoch 7 Uhr im Jugendheim.
Arbeiter-Kadaver-Bund „Solidarität“, Bezirk Groß-Dresden. Bericht vom Straßenrennen am 27. September. Zweite Mannschaftstennen. Straße: Reichenberg-Kuer-Moritzburg-Reichenberg. 30 Km. Start und Ziel: Feldschlösschen (Reichenberg). Start früh 8.35 Uhr. Es starteten 6 Mannschaften, sämtliche Mannschaften passierten das Ziel. 1. Mannschaft: Gen. Waldhorn und Jule; Fahrzeit 1 St. 50 Min. 16 Sek. 2. Mannschaft: Genossen Helas und Klösch; Fahrzeit 1 St. 50 Min. 3. Mannschaft: Gen. Sperrhaken und Köllig; Fahrzeit 1 St. 58 Min. 40 Sek. 4. Mannschaft: Gen. Kadner und Rohaupt; Fahrzeit 2 St. 3 Min. 10 Sek. 5. Mannschaft: Gen. Seurig und Tempe; Fahrzeit 2 St. 18 Min. 30 Sek. 6. Mannschaft: Gen. Friedrich und Pfähler; Fahrzeit 2 St. 22 Min. 30 Sek. Weiter: fühl. harter Gegenwind. Kein Unfall. Röchliches Rennen am 11. Oktober Dresden-Freiberg. Dresden. Start: 8 Uhr früh, Gölthel Wälsch. Ziel: Gölthel Gomdich. Nächste Kennfahrer-Versammlung am 2. Oktober 7.30 Uhr „Friedrichshof-Schule“. Das Erscheinen aller Mitglieder zum Rennen und zur Versammlung ist unbedingte Pflicht. Gäste sind jederzeit herzlich willkommen.
Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. - Druck: „Neupag“, Filiale Dresden. - Verantw. Red.: Rudolf Renner Dresden.

Ebels allgemein beliebter Fleischsalat 35 Pfennig das Viertelpfund
täglich frisch an detail und en gros zu haben in meinen Geschäften
Alaunstr. 35 - Eisenstr. 61 - Bergmannstr. 32, Ecke Wormser Str. - Rosenstr. 49 u. Friedrichstr. 37, bei Sachse
Hans Ebel, Fleischsalat-, Mayonnaise- und Wurstfabrik, Dresden-Neustadt, Alaunstraße 35, Fernsprecher 11546

Ehrenerklärung
Die Behauptung, daß Herr Lehrer Kelt die Kinder, die am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen, von billigen Kindern in der Schule habe verhöhnen lassen, erkläre ich für unwahr.
Richterziebersdorf. Bernhard Reiniß.

Theater am Wasanplatz
Heute und folgende Tage
8 Uhr abends
Die Prinzessin vom Nil
Operettenschwank in 3 Akten
von Landoburger und Cornelius
Musik von Victor Holländer

Tymians Täglich
Das Thalia-Theater
einziges wirkliches Theater
Volkstheater Dresden
Vortragsabende jeder Sonntags gültig

Joh. Günther, Bautzen
Moltkesstraße 7
Fleischerei und Würstwaren
Dienstag und Freitag neues Programm
Anfang 10 Uhr, Samstags 4 Uhr nachm.

Soeben erschienen:
Die Bolschewisierung der KPD
Preis 20 Pfg.
REDE DES GENOSSEN VUJOVIC AUF DER 3. SITZUNG DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KPD
VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE WIEN VII

Wenn Sie rechnen müssen
dann versuchen Sie bei Ihren Einkäufen zu sparen
Im Einkauf liegt der Verdienst!
Unser Geschäft ist für Massen-Einkauf und Massen-Verkauf eingerichtet
Unsere Preise sind auffallend niedrig!
Wenn Sie Schuhen brauchen, versuchen Sie es einmal bei uns!
Oestreich's Schuhhäuser
Jahnstraße 3, am Weisser Bahnhof
und Königsbrücker Str. 3b, am Albertplatz

Bestellschein
Organ der Kommunistischen Partei, Bezirk Ostschlesien
Vor- und Summe:
Zahlung:
Zurücksendung:
Name:



# Ein Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung

Die letzten Regungen des Reichstages haben einen neuen Entwurf gefunden. Dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung, der im Reichsarbeitsblatt Nr. 34 vom 8. September veröffentlicht wird und zur Zeit nach dem Reichsrat vorliegt, steht die sozialistische Partei auf der Seite der Arbeiter. Ein Gesetzentwurf, — auf Kosten der Arbeiter, das Elend der Opfer des kapitalistischen Wirtschaftsprinzips zu normalisieren.

Die Arbeitslosenversicherung erfolgte bisher auf Grund der Verordnung vom 13. November 1918. Seit jener ersten Verordnung sind mit dem Wachstum der politischen und sozialen Reaktion eine Reihe von Änderungen erlassen worden, von denen die letzte und wichtigste im Februar 1924 die vollständige Beilegung der bestehenden und künftigen Ansprüche jenes Grundgedankens brachte, der dem Staat die Sicherung des Lebensunterhaltes aller derjenigen zur Pflicht machte, die arbeitsfähig, arbeitslos und unfreiwillig arbeitslos geworden sind. Während bis dahin Erwerbslosenunterstützung aus Mitteln des Reiches, der Länder und Gemeinden gesichert wurde, wurden auf Grund dieser Verordnung die Mittel für die Hälfte durch Beiträge der Unternehmer und Arbeiter aufgebracht. Durch neue Abzüge wurden dem Arbeiter die seiner verdienten Löhne des elenden Lohnes gekürzt. Während die Unternehmer diese „unproduktive“ Ausgabe für die Erwerbslosenversicherung, bei der Preisbildung einflussreicher, werden die Arbeiter auch nach dem neuen Gesetzentwurf die Rechnung bezahlen.

Dieser Entwurf des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes mit seinen 179 Paragraphen gliedert sich in 10 Abschnitte, die die Organisation der Versicherung, die Versicherungspflichtigen, Versicherungsleistungen (Arbeitslosenunterstützung, Versorgung Arbeitsloser in Krankheitsfällen), Unterstufungsverfahren, Maßnahmen zur Verhütung (?) und Beendigung (?) der Arbeitslosigkeit, Aufbringung der Mittel, besondere Arten der Versicherung (Seeleute und freiwillige Versicherung), sowie eine Anzahl Uebergangs- und Strafbestimmungen behandeln.

Das Grundprinzip dieses Gesetzentwurfes ist die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung und die Verlegung (?) Arbeitsloser in Krankheitsfällen, wie das bisher in der Verordnung über die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung zum Ausdruck kam. Dabei sollen auch nach diesem Gesetzentwurf die Unternehmer als nichtversicherungspflichtig von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen bleiben. Diese Ausnahmeregelung löst nur allzu deutlich den Einfluss der großgrundbesitzlichen Interessengruppe in der Reichsregierung zum Ausdruck kommen. Die Hauptprobleme sollen der „radikalsten Ausbeutung und der brutalen Willkür der Junker und Großgrundbesitzer bei der Frage der Arbeitslosenversicherung ausgeglichen bleiben. Ebenso ist für die bisher beherrschten Angehörigen eine Versicherungspflicht nicht eingeführt. Damit sind die Forderungen der freien Gewerkschaften und des A. S. B. B., die die Versicherungspflicht für diese Arbeitnehmergruppen forderten, nicht anerkannt.

Der unheimliche Charakter dieses Gesetzes tritt im dritten Abschnitt, der die Versicherungsleistungen behandelt, besonders klar in Erscheinung. Im § 48 wird die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an Jugendliche unter 21 Jahren und an langfristige Erwerbslose, soweit dazu die Gelegenheit besteht, von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeiter für die elende Unterstützung, für die sie erst die Mittel durch Abzüge vom Arbeitslohn aufbringen müssen, nach wie vor zur Pflichtarbeit herangezogen werden können. Eine Unterstützung wird an alle diejenigen nicht gewährt, die ihre Beschäftigung als Arbeiter aufgeben oder verlassen haben, so lange sie ihren erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt (Eigentümer oder Pächter) oder Gewerbetreibender erwerben, oder durch Bearbeitung vorhandener Grundbesitze oder Ausübung eines vorhandenen Betriebes erwerben können. Nicht arbeitslos ist auch in diesem Falle der Ehegatte oder der Abkömmling eines solchen Person, der den gemeinsamen Lebensunterhalt mit ihr erwirbt oder erwerben kann. Nicht kennzeichnet jedoch besser den arbeitsfähigen Inhalt dieses Gesetzentwurfes als die Bestimmung des § 52, nachdem

„Arbeitslose, deren Erwerbslosigkeit durch Ausstoß oder Ausperrung ganz oder vorübergehend verursacht ist, während des Ausschlusses oder der Ausperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.“

Damit wird der brutale Unternehmervillkür eine neue Hilfsleistung gegeben. Nichts dürfte für die Unternehmer leichter sein, bei Wirtschaftskrisen in irgendwelchen Betrieben oder Industrien die Notwendigkeit der Arbeiterentlassungen als eine „mittelbare“ Folge eines Sturzes oder einer Ausperrung zu begründen. Diese Bestimmung bedeutet erneute Verschärfung des gewerkschaftlichen Kampfes, neue Methoden zur Unterdrückung der Unternehmer die Arbeiter durch Hunger geügig zu machen.

Die Mittel der Versicherung werden nach § 113 durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter je zur Hälfte aufgebracht. Die Beiträge werden als Zuschläge zu den Krankentagebeträgen erhoben und sollen den Reichshöchstsatz von 2 Prozent vom Grundlohn nicht überschreiten. Wird in einem Monat durch das Beitragsaufkommen der Bedarf einer Landesarbeitsstelle nicht gedeckt, obwohl die Reichshöchstsätze an Beiträgen erhoben worden sind, so kann auf Antrag der Reichsausschüsse den Arbeitgeber die Erstattung von Zuschlägen Verwendung finden, bilden nach diesem Entwurf einen Reservefonds der zur Unterstützung von 200 000 Arbeitslosen auf die Dauer von 3 Monaten ausreichen soll. Besteht die Gefahr, daß sich der Notstand erschöpft, so soll das Reichsanwaltschaftsamt Darlehen nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel gewähren. Diese Bestimmung, die das Reich verpflichtet, in den Fällen größter Erwerbslosigkeit Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen bereit zu stellen, wird jedoch im § 116 so verstanden, in solchen Situationen die Arbeitslosenunterstützung ganz oder teilweise auf solche Arbeitslose zu beschränken, bei denen eine „Bedürftigkeit“ anerkannt wird. Es heißt in dieser Bestimmung:

„Hat das Reich auf Grund des § 127 dieses Gesetzes Darlehen zugunsten der Arbeitslosenversicherung gegeben, so kann der Zuschlag der Reichsausschüsse die Arbeitslosenunterstützung ganz oder teilweise auf solche Arbeitslose beschränken, die „hilfsbedürftig“ im Sinne der Vorschriften über die öffentliche Fürsorge sind.“

Was geht auch der Arbeiterregierung die Not und das Elend der Opfer des kapitalistischen Wirtschaftsprinzips an. Wenn in Zeiten großer wirtschaftlicher Krisen die von den Arbeitern aufzubringenden Mittel nicht mehr ausreichen, die weiter unter erschlafften elenden Unterstufungen zu zahlen, dann werden die Erwerbslosen eben dem Verhungern preisgegeben, oder fallen der öffentlichen Fürsorge durch die Gemeinden zur Last, die jetzt schon vor dem Bankrott stehen.

Für die Bemessung der Arbeitslosenunterstützung sind 5 Lohnklassen vorgesehen:

Klasse 1 bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt bis zu 10 RM	10 RM
Klasse 2 bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 10 bis zu 20 RM	15 RM
Klasse 3 bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 20 bis zu 30 RM	20 RM
Klasse 4 bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 30 bis zu 40 RM	25 RM
Klasse 5 bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 40 RM	30 RM

In jeder Lohnklasse wird der Bemessung der Unterstützung ein Einheitslohn zu Grunde gelegt. Der Einheitslohn beträgt:

in Klasse 1	10 RM
in Klasse 2	15 RM
in Klasse 3	20 RM
in Klasse 4	25 RM
in Klasse 5	30 RM

Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu den einzelnen Lohnklassen ist das Arbeitsentgelt maßgebend, das er in den letzten drei Monaten seiner Arbeitstätigkeit vor der Arbeitslosenmeldung die längste Zeit hindurch bezogen hat. Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels wie in seiner Arbeitstätigkeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deswegen Lohnkürzungen unterworfen war, ist der Arbeitslohn zu Grunde zu legen, den er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte.

Die Hauptunterstützung beträgt 40 Prozent des Einheitslohnes. Als Familienzuschlag werden für jeden jugendberechtigten Angehörigen 5 Prozent des Einheitslohnes gewährt. Einschließlich der Familienzuschläge darf die Arbeitslosenunterstützung jedoch in keinem Falle 65 Prozent des Einheitslohnes übersteigen.

## Der rote Späher

Aus dem Tagebuch des Bäckers Vitschkin  
Erzählung aus Sibirien von K. K. K.  
1. Teil: Deutscher Verlag, Berlin

### Auf der Spur eines Spions.

Im Krieg gegen den General der Reaktion, Kolischal, war ich im Jahre 1919...

Unfassbar! Witten im roten Hauptquartier der Ural-Front gab's also einen Spion!

Darüber konnte nun absolut kein Zweifel mehr bestehen. Seit zehn Tagen fielen alle unsere, den Weissen zugehörigen Uebertragnungen, eine nach der anderen, ins Wasser.

Wir hatten geplant, beim Dorf Vitschkin den weingardistischen Transport abzufangen, die Eisenbahnbrücke über den Fluß Kamenta, im Rücken der Weissen, zu sprengen, den Stab der 6. weingardistischen Kavalleriedivision gefangenzunehmen.

Alle diese drei Operationen hätten uns mit absoluter Sicherheit glücken müssen, ohne daß wir dabei etwas auf Spiel gesetzt hätten, da alle Umstände aufs sorgfältigste erforscht und berechnet worden waren.

Und trotzdem waren sie alle ins Wasser gefallen!

Ich sah gerade in meinem Arbeitszimmer, als man mir die letzten Berichte der Unrigen, sowie die der Weingardisten brachte. Aus den Berichten erfuhr ich, daß die roten Partisanen des Genossen Schischkoff in einem Anstich auf den Stab der 6. Kavalleriebrigade in einem Hinterhalt gelockt und bis auf den letzten Mann niedergemacht worden waren.

Das war der Inhalt des letzten weingardistischen Berichtes, den wir im übrigen fast ebenso regelmäßig erhielten, wie die Weissen selbst. In dieser Hinsicht war unser Spionageapparat, wie ich mit Stolz sagen darf, vorzüglich organisiert.

Ich drehte den Bericht in den Händen, las ihn immer wieder und wieder, bemüht, zwischen den Zeilen irgend etwas herauszufinden oder irgendein Wort zu finden, das einen Anhaltspunkt für die Erklärung unserer Mißerfolge geben konnte.

Bedeutung waren die Worte des weissen Berichts: „Wie zu erwarten war...“

Die erwähnten drei Kriegsoperationen, darunter auch der Plan des Genossen Schischkoff, waren ausschließlich von dem Armeekommandanten, Genossen Petroff, mir, als Mitglied des Revolutionsrates der Armee, und dem Stabsleiter, Genossen Chosow, entworfen und ausgearbeitet worden. Außer uns dreien waren in diese Pläne natürlich die drei jeweilig eingreifenden Truppenführer der Partisionen eingeweiht, die mit der unmittelbaren Ausführung der Teiloperationen betraut worden waren. Aber auch von ihnen konnte jedem immer nur die von ihm auszuführende Aktion bekannt sein.

Und trotzdem die Worte: „Wie zu erwarten war...“

Der Generalstab der Weissen hatte also im voraus Kenntnis von unseren Operationen gehabt, den Stab der 6. Kavallerietruppe, die Leiter des Transportes und die Brüdenwache im voraus davon verständigt, so daß sie alle imstande waren, ihrerseits den Unrigen Fallen zu stellen.

Hoff der Teufel! ... Unsere ganze weitere Arbeit kann auf diese Weise junichtet werden. In unserer Mitte, in unserem Stabsquartier, trieb ein Spion sein Handwerk!

Aber wer! Auf welche Weise weisachte er sich die geheimsten Nachrichten? Wie gelangen unsere Geheimnisse so schnell zum Stab der Weissen?

Mein erster Gedanke war, daß sich die Weissen heimlich an unser Telephonnetz angeschlossen haben könnten. Dieses Mittel wurde häufig sowohl von uns wie von ihnen angewandt.

Aber das konnte es nicht sein. Es ist zwar eine Telephondepesche über den ersten Plan — die Erhebung des Transportes — abgegangen und zwar an den Divisionsleiter, aus dessen Stellung wir den Ueberfall übernehmen wollten. Man hatte ihm benachrichtigen müssen, damit er in Bereitschaft ließe. Aber diese Telephondepesche hatten wir in einer ganz geheimen Chiffre verpackt, die nur zwei Genossen im Stabsquartier bekannt sein konnte — dem Divisionsleiter und dem Stabsleiter der Division.

Ueber die zweite und dritte Teiloperation aber waren überhaupt keine Mitteilungen irgendwelcher Art nach außen gedrungen.

Außer uns dreien und den Leitern der betreffenden Teiloperationen konnte niemand auch nur eine Ahnung von irgendeinem Zusammenhang unserer Maßnahmen haben. Und trotzdem, ein Mißerfolg nach dem anderen! Kein Zweifel, in unserer Mitte befindet sich ein Spion!

Aber wer? Wer war dieser Spion?

Die Arbeitslosenunterstützung wird nach dem Entwurf seit dem Tage der Arbeitslosenmeldung gewährt. Die Zeit kann nach Zustimmung des Reichsarbeitsministers auf zwei Tage verlängert werden, oder für den Fall der beschleunigten Arbeitslosigkeit auf drei Wochen verlängert werden.

Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung ist, daß der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten während 30 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gewesen ist.

Dieser neue Entwurf, der in nächster Zeit dem Reichstage zur Beratung vorliegen wird, bringt nicht nur keine Verbesserung für die Not und das unglückliche Elend der Arbeitslosen, sondern bedeutet nichts weiter als einen Versuch, dieses Elend unter noch schlechteren Bedingungen zu stabilisieren. Was kümmert die Arbeiterregierung die Befreiung der „demokratischen“ Republik, die in ihrem Artikel 163 feierlich verspricht:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht geboten werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.“

Dieses Reichsgesetz liegt nun vor, — wenigstens im Entwurf. Er ist auch darnach. Die Arbeiterregierung als die Interessengruppe der Schwerindustrie und aller kapitalistischer Ausbeuter denkt nicht daran, den Arbeitern die ihnen versprochenen Rechte der Befreiung zu gewähren, geschweige denn die Unternehmer zu zwingen, die Löhne zu übersteigern, die sich ergeben, um das Weiterleben der Arbeiterfamilien notwendig vor dem Verhungern zu bewahren.

### Dameslegen bei Karawane Nowad, Baiken

(Vom Arbeiterkorrespondenten S. S.)

Die aus etwa 800 Mann bestehende Belegschaft mußte im Interesse des Unternehmers den ganzen Sommer über bis vor jetzt 4 Wochen täglich 9 Stunden arbeiten. Nun wurde angeordnet, daß man 14 Tage ganz aussuchen müsse. Die Arbeiter erklärten ausdrücklich, es würde dann wieder weitergearbeitet. Statt dessen lag aber den Protesten, während sie auslegten, die Kündigung in die Wohnung, und zwar unter Anwesenheit der bereits ausgelegten Tage zur Kündigungspflicht! Auf diese Art sind schon 200 Arbeiter entlassen, etwa 100 weitere sollen folgen. Die Firma läßt also nicht verfliegen arbeiten, sondern legt es vor, 200 Arbeiter ganz auf die Straße zu schmeißen. Dadurch schafft sie sich die Möglichkeit, den alten Stamm (etwa 200 Arbeiter) auch weiterhin voll zu beschäftigen. Auf diese Art will sie einen jederzeit betriebsfrommen Arbeiterstamm züchten, den sie bei künftigen Kämpfen gegen die übrige Belegschaft auszuspielen gedenkt. Dividea et impera! (teile und herrsche) ist der Grundgedanke der alten und der neuen Klassenpolitik.

So bleibt denn nun das goldene Dameslegen, das die Sozialdemokratie versprochen und das der „Vorwärts“ im August 1924 mit dem bekannten Bild der Eber Deutschland schenkenden Damschönung entzündete? Die Befreiung der Arbeiterklasse kann eben nicht das Wort von Dames sein, sondern muß das Wort der Arbeiterklasse selber sein. Darum aufgewacht! Die „Vollsetzung“ heraus und die „Arbeiterklasse“ abnominiert.

### Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Generalversammlung im Zentralverband der Angestellten. Am Mittwoch den 30. September abends 7.15 Uhr im „Lohnhaus“, Oststr. 15. In der Versammlung spricht unsere Verbandskollegin, die Reichstagsabgeordnete Toni Sender, über das Thema: Wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfragen. Die gesamten Verbandsmitglieder werden zu dieser Versammlung eingeladen und gebeten, vollständig zu erscheinen.

Öffentliche Bauarbeiter-Versammlung der Betriebe Technische Hochschule und Gruppenbau Gerbersberg u. Dehnest. Mittwoch den 30. Sept., abends 8 Uhr im „Lohnhaus“, Röhrling. Tagesordnung: Bericht der Ruhrland-Delegierten und anschließende Diskussion. Die Delegierten dieser Betriebe...

Ich griff nach der Namensliste derjenigen, welche sich in unserem Stabsquartier aufhielten, und blätterte sie durch.

Da stand zuoberst der Name unseres Armeekommandanten, des Genossen Petroff, eines alten, erprobten, in allen Verfolgungen der zaristischen Blutherrschaft festgebliebenen Bolschewiken, der seine Ueberzeugungstreue in vielen langen Kämpfen der Partei erwiesen hatte. Er war Schlosser von Beruf. Wurde als revolutionärer Kämpfer zweimal in die Verbannung geschickt und schließlich jedesmal, um wieder für die Partei zu arbeiten. Er mußte auch lange Jahre in der Emigration im Auslande leben.

Unsere roten Soldaten schenken ihm blindes Vertrauen und folgten seinen Befehlen in unbedingter Ergebenheit. Sie wußten; seine Arbeit galt Tag und Nacht der Revolution.

Sodann — ich, Vitschkin, ein alter Bolschewik und Bäcker. Schon als Knabe, als Bäckerlehrling, schloß ich mich der Bewegung an, kämpfte 1905 auf den Barrikaden, flüchtete ins Ausland, lebte in der Emigration als Bäcker — in Konstantinopel, Paris und London, und kehrte im Jahre 1917 nach Rußland zurück, wo ich mich der revolutionären Arbeit hingab. Vor kurzem hat mich die Partei mobilisiert und hierher geschickt als Mitglied des revolutionären Kriegsrates der Armee.

Der dritte — Chosow, unser Stabsleiter. Ein noch verhältnismäßig junger Mann von 26-27 Jahren, ehemaliger Jährling, aber mit bedeutender revolutionärer Vergangenheit. 1917 stellte er sich entschlossen auf die Seite des Proletariats, war der erste rote Kommandant in einer großen Stadt im Süden, verhaftete einmal dort an der Südfont einen ganzen Offiziers-Kongress, wurde dafür zum Tode verurteilt, verschwand, wurde von dem Offiziersbund heimlich verfolgt, flüchtete nachmals, lebte bis zum Oktober 1917 illegal, gründete dann eine bolschewistische Gruppe, an deren Spitze er selbst kämpfte. Mit dieser Gruppe eroberte er mehrere Städte und organisierte in ihnen die Rotemacht. Zu unserem Stabsleiter ernannte er sich von Anfang an; als der verlässlichste und hingebungsvollste Revolutionskämpfer. Er war uns teuer als ein Stratege, der durch eigene Kraft aus unserer Reihen hervorgegangen.

Dann kamen die übrigen Mitarbeiter des Stabsquartiers. Erst wollte ich auch ihre Personalien durchblättern, ließ es aber bleiben. Das wäre absolut zwecklos gewesen. Nur wir drei hatten von dieser Seite etwas wissen können.

(Fortsetzung folgt)



MEIßEN		FREIBERG	
<b>SPEZIAL-SCHUH-GESCHAFT</b> LEOPOLD THORNER, MEIßEN KLEBSTRASSE 8		<b>Optiker FRANZ MASURER</b> Freiburger Uhren-Zentrale Eckh. 1. Oberkloster Hauptstr. 2, gegenüber der Stadtkirche	<b>HIRSCH-KINO</b> Freiberg i. Sa. (Zentrum der Stadt) Montag und Freitag vom Programm! Anfang täglich 4 Uhr, Sonntag 2 Uhr
<b>HUGO GEIPEL</b> FISCHE Richard Bonnewitz Nachf. Drogen, Farben, Kolonialwaren	<b>COSWIG</b>	<b>ROSA GLOCKNER</b> Alle Fleisch- u. Wurstwaren selbst produziert <b>Joh. Siegel</b> Kesselsgraben 10	<b>GLUECKAUF-Drogerie</b> HANS SOEHLER, Fleischerstr. 10 Alle Fleisch- und Wurstwaren selbst bei <b>RICHARD BRAUN</b> Hauptstr. 2, gegenüber der Stadtkirche
<b>Richard Bonnewitz Nachf.</b> Drogen, Farben, Kolonialwaren	<b>KARL WANKER</b> BESTE WOLL- u. HAARWOLLWAREN	<b>BRAND-ERBISDORF</b>	<b>BRAND-ERBISDORF</b>
<b>Gasthof „Stadt Magdeburg“</b> P. Morgenstern, Fährmannstr. 10	<b>Paul Schmidt</b> Kolonialwaren, Spielwaren, Messer	<b>ZIGARENNGESCHAFT</b> <b>HANS NEUBERT</b> Kesselsgraben 10	<b>„Krausperhütchen“</b> Brot, Butter u. Backwaren Kesselsgraben 10
<b>Richard Fritzsche</b> Fleischwaren 7	<b>GUIDO WIPPLER</b> Kolonialwaren - Spezialgeschäft	<b>Baul Greßmann</b> Brot- und Fleischartikel	<b>Bäckerei</b> <b>Oskar Schramm</b>
<b>Emil Kooh</b> Farben - Lacke - Pinsel - Anstrichmittel	<b>WEINBOHLA</b>	<b>Alma Neubert</b> Kesselsgraben 10	<b>Karl Weise</b> Großhändlermannsdorfer Str. 103 Kohlen- u. Holzhandlung
<b>Emil Kooh</b> Farben - Lacke - Pinsel - Anstrichmittel	<b>GLASHÜTTE</b>	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>GITTERSEE</b>
<b>KÖTZSCHENBRODA</b>	<b>Modehaus zum Pfau</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Fritz Uhlmann</b> Nadel- und Nähzubehörschäfte	<b>Max Keller, Fleischer</b>
<b>GEORG FRESE, Bäckerei</b> Tägl. 2 mal frische Weißwaren	<b>OTTO KRÜNER</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Ludwig Rönisch</b> Kaffee, Kolonialwaren, Delikatessen	<b>OTTO KRÜNER</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Paul Brüllmann</b> Kaffee, Kolonialwaren, Delikatessen	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Bern. Elster Nachf.</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Stadt-Drogerie Rabenau</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Bruno Voigt</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Fa. F. Pfotenhauer</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Restaurant Z. Klipperröhle</b> Inh. Hans Döber	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Paul Wenzel</b> Lebensmittel	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Bernh. Dittmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Alfred Schob, Friseur</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Kohlen- u. Fuhrgeschäft</b> Wempe Ww.	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Felix Petzold</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>ARTHUR SCHOB</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Hermann Hornuff</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Ottomar Kaden</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Heinrich Marko</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz
<b>Heinrich Marko</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Ernst Engelmann</b> Kolonialwaren - Spielwaren	<b>Max Keller, Fleischer</b>	<b>Rehbockschänke</b> Verkehrsbüro der gegen Arbeitsschutz